

1 Koalitionsvertrag  
2  
3 zwischen  
4  
5 Sozialdemokratischer Partei Deutschlands  
6  
7 BÜNDNIS 90/Die Grünen  
8  
9 Die Linke. Offene Liste  
10  
11 für die Legislaturperiode 2021 bis 2026  
12  
13 im Kreistag des Landkreises Groß-Gerau  
14

15 **Inhalt**

16	<b>Präambel</b> .....	2
17	<b>Klimakrise vor Ort bekämpfen</b> .....	3
18	<b>Zukunft gestalten mit solider Finanzpolitik</b> .....	6
19	<b>Bildung: Veränderung gestalten – beste Bedingungen für alle schaffen.</b> .....	7
20	<b>Wohnungsbau im Kreis Groß-Gerau</b> .....	10
21	<b>Unser Kreis fördert Kultur und Sport</b> .....	11
22	<b>Kreis Groß-Gerau – sozial und familienfreundlich</b> .....	13
23	<b>Willkommensstruktur für Geflüchtete</b> .....	16
24	<b>Arbeit statt Arbeitslosigkeit</b> .....	17
25	<b>Älter werdende Gesellschaft</b> .....	19
26	<b>Gesund im Kreis</b> .....	20
27	<b>Riedwerke als Dienstleister im ÖPNV, in der Abfallwirtschaft, in Energiefragen sowie als</b>	
28	<b>Partnerin für die Ausbildung junger Menschen</b> .....	23
29	<b>Mobilität stärken, Umweltbelastungen senken</b> .....	24
30	<b>Echtes Nachtflugverbot schaffen. Flughafenausbau verhindern</b> .....	25
31	<b>Wirtschaft und Beschäftigung in der Transformation der Arbeitswelt begleiten -</b>	
32	<b>erfolgreiche Digitalisierung fördern</b> .....	27
33	<b>Tierschutz und Tierrecht</b> .....	29
34	<b>Stärkung der Demokratie und des Demokratieverständnisses</b> .....	30
35	<b>Grundregeln unserer Zusammenarbeit</b> .....	34
36		
37		

## Präambel

38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83  
84  
85

SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke. Offene Liste vereinbaren für die Zeit bis zur Kommunalwahl 2026 eine Koalition im Kreistag des Kreises Groß-Gerau.

Der Kreis Groß-Gerau ist in vielerlei Hinsicht eine Vorbildregion. Ob städtische oder ländliche Strukturen, ob Modernität oder Tradition, ob wirtschaftliche Prosperität oder ökologische Vielfalt, ob internationale, europäische Ausrichtung oder regionale Verwurzelung – der Kreis lebt von seiner strukturellen wie auch von seiner menschlichen Vielfalt. Wir wollen daher für gleichwertige Lebensverhältnisse in sozialer, ökologischer und ökonomischer Hinsicht sorgen.

Dies geschieht angesichts vielfacher Krisen, die diesem Gleichwertigkeitsgebot einen unumgänglichen Handlungsrahmen setzen. Aktuell werden wir weiterhin alles dafür tun, unseren Kreis bestmöglich durch die Corona-Krise zu führen. Die Pandemie hat deutlich gemacht, dass wir einen handlungs- und leistungsfähigen Staat brauchen, der über eine exzellent ausgestattete und effiziente Verwaltung sowie ein funktionierendes Gesundheitswesen verfügen muss. Die öffentliche Handlungsfähigkeit muss diesen Stresstest bestehen und erst recht für die drohende Klimakatastrophe gewappnet sein. Hierbei sind nicht nur der Naturschutz und die Artenvielfalt in Bedrängnis, sondern auch die Lebensgrundlagen unserer modernen Gesellschaft. In Bedrängnis sind vor allem unsere Produktionsverhältnisse, die gänzlich auf fossile Trägersysteme ausgerichtet sind. Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen für die bestehenden Lebensgrundlagen. Wir werden alles politisch Mögliche tun, um in unserem Verantwortungsbereich die Beiträge zur Erderwärmung zu reduzieren und den Klimawandel zu verlangsamen und zu stoppen.

Der Erhalt unserer natürlichen Umgebung ist uns sehr wichtig. Auf den Kreis Groß-Gerau wirken aufgrund seiner geografischen Lage, topografischen Gliederung und historischen Entwicklung eine Vielzahl von Interessen aus Wirtschaft, Arbeitswelt und umliegenden Städten und Regionen ein. Wir wollen die natürlichen Ressourcen unseres Kreises (Wasser, Grundwasser, Landschaft) unbedingt erhalten und wehren uns gegen weitere Inanspruchnahme als Ansiedlungsgebiet großräumiger Industrie- und Logistikflächen. Wir lehnen die weitere ungehemmte Nutzung der Grundwasservorkommen aus dem hessischen Ried ab. Die verkehrliche Nutzung der Kreisfläche und des Luftraumes für Luftverkehr, Schiene und Straße muss trotz der zentralen Lage im Verhältnis zur hier lebenden Bevölkerung entwickelt und daher in Zukunft begrenzt werden.

Wir sind herausgefordert, große strukturelle Veränderungen in Bezug auf die Arbeitswelt im Kreis zu begleiten und Menschen dabei zu unterstützen, ihre Existenz zu sichern. Viele sind durch die Corona-Pandemie, Veränderungen der Automobil- und Luftverkehrswirtschaft und anderer Wirtschaftsbereiche gefährdet, ihr Einkommen zu verlieren. Neue Arbeitsplätze und Arbeitsbereiche und soziale Absicherung werden in der neuen Wahlperiode eine besondere Bedeutung bekommen.

Wir wollen Kindern und Jugendlichen ein Umfeld bieten, das bestmögliche Bildungschancen eröffnet, Chancengleichheit gewährleistet und vorausschauend auf moderne Herausforderungen in der Bildung reagiert. Wir wollen Eltern und insbesondere Frauen die

86 Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Wir wollen Armut bekämpfen und  
87 Menschen befähigen, ihr Leben eigenständig zu gestalten. Wir möchten Menschen ein  
88 eigenständiges Leben im Alter gewährleisten und setzen uns für eine wohnortnahe ärztliche  
89 Versorgung ein. Wir wollen Geflüchteten in Not helfen und sie bei uns willkommen heißen.  
90  
91 Wir stehen für eine Politik des Ausgleichs und der Verantwortung für alle: ob jung oder alt,  
92 Familien, Partner\*innenschaften oder Singles, Beschäftigte oder unsere klein- und  
93 mittelständischen Unternehmen, ob sie seit Generationen hier leben oder neu zugezogen  
94 sind, egal welcher Herkunft, Sprache, sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität  
95 und Religion. Wir stehen für eine offene und konstruktive Zusammenarbeit über die Grenzen  
96 von Parteien und der Politik hinweg, denn eine positive Entwicklung des Kreises und seiner  
97 Menschen ist nur im bürger\*innenschaftlichen Miteinander zu erreichen. Diese Bereitschaft  
98 zum Gespräch und zur Kooperation bieten wir ausdrücklich allen gesellschaftlichen  
99 Bereichen und den anderen demokratischen Fraktionen im Kreistag an.

100  
101

## 102 **Klimakrise vor Ort bekämpfen**

103

104 Die Auswirkungen des Klimawandels sind inzwischen überall spürbar, auch bei uns im Kreis.  
105 Wir haben nur noch wenige Jahre Zeit für echten Klimaschutz, bis der „Kipppunkt“ erreicht  
106 ist und wir unweigerlich auf eine Katastrophe zusteuern. Wir stecken den Kopf jetzt nicht in  
107 den Sand, sondern packen an, was wir vor Ort ändern können.

108

109 Klima-, Umwelt- und Landschaftsschutz kann nur im ständigen Dialog mit  
110 Naturschutzverbänden und den Landwirt\*innen des Kreises gelingen. Zur Erreichung des  
111 1,5°-Klimaziels werden wir uns dafür einsetzen, den Kreis Groß-Gerau bis spätestens 2035  
112 klimaneutral zu stellen, um lokal unseren Beitrag zur Erreichung der international  
113 beschlossenen Klimaziele zu leisten. Klima- und Umweltschutz genießen hohe Priorität in  
114 sämtlichen Belangen des Kreises und werden stets beachtet. Ziel einer klimaorientierten  
115 Politik ist hierbei der Erhalt der Lebensgrundlage aller Menschen. Deshalb ist es notwendig,  
116 unseren Planeten und alle ihn bewohnenden Lebewesen in den Mittelpunkt unseres  
117 politischen Handelns zu stellen. Klimaschutz beginnt immer lokal.

118

119 Wir werden auch in den kommenden Jahren aktiv mit unseren Kooperationspartner\*innen  
120 die Initiative „Natürlich GG“ unterstützen, um damit den Umweltschutzgedanken weiter zu  
121 verankern. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass im Kreis Groß-Gerau keine  
122 Gentechnik auf landwirtschaftlichen Flächen eingesetzt wird. Wir setzen uns für die  
123 Förderung von ökologischem Landbau und Landwirtschaft ein.

124

125 In unserem Kreis sind viele Landwirt\*innen tätig. Ihre Arbeit und ihr Beitrag zu einer  
126 regionalen Versorgung und zum Umwelt- und Klimaschutz schätzen wir sehr. Wir wollen mit  
127 Landwirt\*innen und Naturschützer\*innen gemeinsam den Umbau der Landwirtschaft hin zu  
128 einer ökologischen Landwirtschaft voranbringen. Damit schützen wir Boden, Wasser und  
129 Artenvielfalt im Kreis Groß-Gerau. Auch deshalb ist der Kreis Ökomodellregion. Durch die  
130 Entwicklung von der konventionellen hin zur Bio-Landwirtschaft sollen gesunde  
131 Nahrungsmittel für die Bevölkerung erzeugt und durch kurze Transportwege zur Verfügung  
132 gestellt werden. Die landwirtschaftlichen Flächen bleiben im Kreis Groß-Gerau der

133 Landwirtschaft vorbehalten und dienen vorrangig der Nahrungsmittelproduktion. Ein  
134 weiterer Ausbau von Siedlungs- und Industrieflächen ist im Kreis Groß-Gerau nur sehr  
135 zurückhaltend anzugehen.

136  
137 Wasser wird knapp und der Wald stirbt. Dem schauen wir nicht tatenlos zu. Die Lösung für  
138 oft schwierige Probleme liegt in der Zusammenarbeit der Expert\*innen und Betroffenen  
139 gemeinsam mit der Politik, denn wir werden neue Wege gehen müssen. Im Dialog beraten  
140 wir, wie wir für sauberes Wasser sorgen, welche Baumarten gepflanzt werden, die auch in  
141 100 Jahren hier noch wachsen können. Mit der Ressource Wasser ist sehr zurückhaltend und  
142 sorgsam umzugehen. Den Wasserverbrauch wollen wir senken. Der Kreis Groß-Gerau ist für  
143 die Rhein-Main-Region eines der größten Wasserreservoirs. Über die bisherige Förderung  
144 hinaus wollen wir keine zusätzliche Wasserförderung aus dem Grundwasser für andere  
145 Gebietskörperschaften zulassen. Die Bedeutung des Grundwasserkörpers im Rahmen des  
146 Klimawandels muss intensiv untersucht werden mit dem Ziel, den Grundwasserstand wieder  
147 zu erhöhen und dauerhaft zu stabilisieren. Es ist ein umfangreicheres Monitoring der  
148 Wasserqualität des Grundwassers und der Fließgewässer im Kreis GG erforderlich, denn der  
149 Eintrag durch Altlasten von Industrieabwässern und Rückstände aus landwirtschaftlicher  
150 Düngung ist erheblich. Die Einführung von „vierten Reinigungsstufen“ in den Kläranlagen der  
151 Kommunen im Kreis ist unerlässlich, um weitere Verunreinigungen des Grundwassers durch  
152 die Vorfluter mit Medikamentenrückständen und anderen schädlichen Spurenstoffen zu  
153 beheben und auf Dauer zu verhindern.

154  
155 Der uneingeschränkte Erhalt der Naturschutzgebiete im Kreis Groß-Gerau ist für den Kreis  
156 essenziell. Wir unterstützen den Landschaftspflegeverband zur Pflege von  
157 landschaftsgeschützten Bestandteilen, damit sie ihren Schutzstatus nicht verlieren und die  
158 Kulturlandschaft erhalten bleibt (Streuobstwiesen, Sandtrockenrasen, Blühwiesen etc.). Eine  
159 schon seit Jahren praktizierte Balance zwischen Naturschutz und Freizeitbedürfnis ist  
160 Grundlage der Landschaftsschutzpolitik im Kreis Groß-Gerau. Wir wollen die Natur-Gebiete  
161 nicht für die Bevölkerung verschließen, sondern bewusst erfahrbar machen. Die kreisweite  
162 Vernetzung der Natur- und Landschaftsschutzgebiete und Regionalparks ist auszuweiten und  
163 sicherzustellen. Sie darf nicht durch Bauvorhaben und Infrastrukturmaßnahmen verhindert  
164 werden.

165  
166 Wir wollen den Lebensraum für alle erhalten und die Lebenssituationen verbessern. Neben  
167 dem Schutz von Kulturräumen bedeutet dies, dass wir Voraussetzungen für Lebensräume  
168 schaffen. Dies gilt besonders für Insekten. In Kooperation mit Kommunen und  
169 Waldbesitzer\*innen, Hessenforst und weiteren Waldagenturen wird eine nachhaltige  
170 Forstwirtschaft betrieben, die dem durch Klimaveränderung, Wassermangel und anderen  
171 Schadeinflüssen stark gestressten, inzwischen auch teilweise zerstörten Wald eine  
172 Überlebenschance und Neuausrichtung ermöglicht. Der Kreis muss dazu in Kooperation mit  
173 den Kommunen, Verbänden und Institutionen des Naturschutzes und der Wald- und  
174 Wasserwirtschaft eine Plattform einrichten und koordinieren, die unmittelbar und schnell  
175 die konkreten Probleme im Kreis auflistet und Maßnahmen im Sinne der Walderhaltung  
176 unmittelbar ergreift. Vor dem Hintergrund des bedrohlichen Artenrückgangs muss der  
177 urbane Raum – private Gärten sowie öffentliche Grünanlagen – als „Oasen für Biodiversität“  
178 geschützt, gepflegt und gefördert werden. Dem Arten- und Naturschutz kommt ein sehr  
179 hoher Stellenwert zu und dieser muss in den Bauordnungen der Kommunen verpflichtend  
180 verankert werden. Beratung und fachliche Begleitung bei der Erst- oder Neugestaltung

181 nichtbebauter Flächen, sowie Anreizprogramme zur Umgestaltung sogenannter  
182 „Schottergärten“, Fassaden- und Dachbegrünungen sind mögliche Instrumente, um die  
183 Biodiversität in den Kommunen des Kreises nachhaltig zu fördern.  
184  
185 Gemeinsam mit den Städten und Gemeinden wollen wir die Ausweisung von  
186 Naturdenkmälern weiter beleben und starten neue Initiativen. Diese lassen sich gut in  
187 unsere Aktivitäten im Regionalpark Rhein-Main und im Geopark einbinden.  
188  
189 Eine weitere Ausweisung von Kiesabbauflächen gegen den Willen der Kommunen lehnen wir  
190 ab. Dort, wo der Kiesabbau im Einvernehmen mit der Kommune erfolgt, ist die  
191 Verkehrsbelastung dabei auf ein Minimum zu begrenzen. Ebenso müssen wir die  
192 Trinkwasseranlagen schützen und vorher einvernehmliche Konzepte für die Zeit nach dem  
193 Abbau finden. Der Kreis Groß-Gerau verpflichtet sich, bei der Beschaffung ökologische  
194 Kriterien zu Grunde zu legen und bringt dies in die interkommunale Zusammenarbeit ein.  
195  
196 Wir werden den Ausbau regenerativer Energien weiter fördern. Mit Hilfe eines kreiseigenen  
197 Konzeptes zur Stromerzeugung muss der Anteil Erneuerbarer Energien weiter vergrößert  
198 werden. Kreiseigene Gebäude wollen wir weiterhin mit Photovoltaikanlagen ausstatten und  
199 den Strom selbst nutzen. In anderen öffentlichen Liegenschaften soll ausschließlich  
200 zertifizierter Ökostrom in Anspruch genommen werden. Wir unterstützen die Fortsetzung  
201 der energetischen Sanierung kreiseigener Liegenschaften. Dabei wird weiterhin im  
202 Passivhausstandard gebaut. Ein großer Teil der Energieeinsparung in den kreiseigenen  
203 Gebäuden kann nur durch ein geändertes Nutzer\*innenverhalten erreicht werden.  
204 Hausmeister\*innen, Lehrkräfte, Schüler\*innen und Vereine müssen dabei mitwirken und der  
205 Schul- und Gebäudeservice des Kreises muss es koordinieren. Auch Punkte wie Mobilität,  
206 Umwelt und Naturschutz gehören zu einem effektiven Klimaschutz.  
207  
208 Steigende Energiekosten sind nicht nur für Privathaushalte und Unternehmen, sondern auch  
209 für Kommunal- und Kreisverwaltungen ein großer Kostenfaktor bei der Bewirtschaftung der  
210 eigenen Liegenschaften. Schulgebäude, Sportstätten und Verwaltungsgebäude waren lange  
211 Zeit Energiefresser. Durch verändertes Verhalten der Gebäudenutzer\*innen, aber auch  
212 durch investive Maßnahmen konnten in den vergangenen Jahren Einsparungen erzielt  
213 werden. Diese wirken sich auch positiv auf die Haushaltslage aus. Hier hat der Kreis in den  
214 vergangenen Jahren (Passivhausstandard, Energiesparmonitoring, Öffentlichkeitsarbeit, etc.)  
215 hervorragende Arbeit geleistet. Die Ausstattung der kreiseigenen Liegenschaften mit  
216 solarthermischen und Solarstromanlagen ist bereits weit fortgeschritten.  
217  
218 Wir setzen die Empfehlungen des integrierten Klimaschutzteilkonzeptes des Kreises um.  
219 Durch intensive Zusammenarbeit mit den Kreiskommunen sollen diese in ihren  
220 Klimaschutzanstrengungen unbedingt unterstützt werden.  
221  
222 Die Verwaltung soll mit den Kommunen ein Energiekonzept erarbeiten, das Anwendung bei  
223 der Erstellung von Bauleitplänen Anwendung finden soll. Hierbei soll der Hauptaugenmerk  
224 darauf liegen, den Kommunen Empfehlungen an die Hand zu geben, welche energetischen  
225 Konzepte bei Neubauten umzusetzen sind und wie diese Vorgaben rechtssicher als  
226 verpflichtend in die Bebauungspläne aufgenommen werden können. Das Ziel muss es sein,  
227 dass keine für Photovoltaik oder Solarthermie geeignete Fläche mehr ungenutzt bleibt.  
228 Gleichzeitig müssen bei der Energiegewinnung und -wandlung die zum Zeitpunkt ökologisch

229 am besten geeigneten Mittel genutzt werden. In der Verwaltung soll deshalb eine Stelle  
230 geschaffen werden, die dieses Thema immer auf dem aktuellen Stand hält und die  
231 Kommunen in diesem Sinne berät.

232  
233

## 234 **Zukunft gestalten mit solider Finanzpolitik**

235  
236 Der Ausbau unserer Infrastruktur, insbesondere im Bereich der Bildungsangebote, stellt uns  
237 in den nächsten Jahren vor große Herausforderungen. Wir werden die Sicherung von  
238 zeitgemäßen Bildungsstätten mit der Umsetzung unseres Schulentwicklungsplans in dem  
239 stetig wachsenden Kreis Groß-Gerau engagiert angehen, aber zugleich die Finanzierbarkeit  
240 aller Ausgaben stets im Blick haben. Damit gestalten wir ein wichtiges Zukunftsprojekt  
241 gerade für die jüngeren Bürger\*innen in unserem Kreis. Die daraus entstehende  
242 Wertschöpfung wird sich in den Folgejahren für unseren Kreis als sehr wirksam erweisen.

243  
244 Arbeit und Bildung, Gesundheitsversorgung, Umwelt und Energie, soziale Verantwortung  
245 und Wohnungspolitik sowie die Integration von neu zugezogenen Menschen in unserem  
246 Kreis sind weitere wichtige Handlungs- und Spannungsfelder, denen wir uns als Koalition in  
247 der neuen Legislaturperiode stellen werden. Auch der Ausbau des öffentlichen  
248 Personennahverkehrs sowie eine stärkere Teilhabe von Leistungsempfänger\*innen am  
249 gesellschaftlichen Leben sind wichtige Ziele unserer anstehenden gemeinsamen Arbeit.

250  
251 Die Kommunen können allerdings nur dann ihren vielfältigen Aufgaben eigenverantwortlich  
252 nachkommen, wenn ihnen durch das Land die verfassungsrechtlich garantierte  
253 Finanzausstattung zur Verfügung gestellt wird. Unsere Forderung nach einer  
254 bedarfsgerechten Finanzausstattung werden wir weiterhin mit Nachdruck gegenüber dem  
255 Land Hessen erheben.

256  
257 Zusätzliche Belastungen mit neuen Aufgaben durch das Land werden von unserer Seite nur  
258 dann akzeptiert, wenn die notwendigen Standards, insbesondere für eine personelle  
259 Besetzung, im Einvernehmen mit dem Kreis festgelegt werden und deren Finanzierung  
260 vollständig durch das Land getragen wird. Jegliche Aufgabenübertragung ist mit Blick auf das  
261 verfassungsrechtlich geltende Konnexitätsprinzip zu hinterfragen. Im Zweifel werden  
262 rechtliche Schritte eingeleitet, damit für den Kreis Groß-Gerau keine finanziellen Nachteile  
263 durch eine Aufgabenübertragung entstehen.

264  
265 Wir erkennen zugleich, dass die Städte und Gemeinden ihre jeweiligen Aufgaben im Rahmen  
266 der kommunalen Selbstverwaltung erfüllen und letztlich finanzieren müssen. Eine finanzielle  
267 Überforderung der Städte und Gemeinden muss unbedingt vermieden werden. Daher  
268 werden wir uns dafür einsetzen, dass die Hebesätze von Kreis- und Schulumlage in der  
269 neuen Legislaturperiode nicht über den Wert der Hebesatzpunkte des Jahres 2021  
270 ansteigen.

271  
272 Die Corona-Pandemie hat zu tiefgreifenden finanziellen Einschnitten in den kommunalen  
273 Haushalten geführt und die Auswirkungen werden uns in den nächsten Jahren intensiv  
274 beschäftigen, sowohl auf der Ertragsseite, als auch auf der Aufwandsseite. Gerade in diesen  
275 Zeiten soll den Kreisen, Städten und Gemeinden die gleiche Flexibilität bei

276 haushaltsrechtlichen Fragen eingeräumt werden, wie dies für Bund und Land gilt. Das Ziel  
277 einer „schwarzen Null“ muss, nicht nur mit Blick auf die Folgen der Pandemie, einer  
278 finanziellen Stützung der Konjunktur, den notwendigen Maßnahmen beim Klimaschutz, dem  
279 Ausbau der Bildungsangebote wie auch der Erfüllung sozialer Leistungen nachgestellt  
280 werden, auch weil es während der aktuellen Nullzinspolitik fahrlässig wäre, notwendige  
281 Investitionen aufzuschieben und gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt mit höheren  
282 Kosten anzugehen.

283  
284 Wir werden mit der Umsetzung anstehender Investitionsprojekte gerade im Bildungsbereich  
285 einen längerfristigen Investitionsstau vermeiden, der sich auf lange Sicht deutlich  
286 nachteiliger für die Kommunen auswirken würde und auch nicht den aktuellen  
287 Herausforderungen entsprechen würde.

288  
289 Der vom Land beschrittene Weg einer Verschärfung von Haushaltsauflagen für die  
290 Kommunen wird von uns als kontraproduktiv angesehen und abgelehnt. Die Finanzaufsicht  
291 soll für alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden beim Landrat angesiedelt werden, um  
292 Doppelstrukturen zu vermeiden.

293  
294 Der Kreis wird Fördermittel aus verschiedenen Ebenen (Europa, Bund, Land) in Anspruch  
295 nehmen.

296  
297

## 298 **Bildung: Veränderung gestalten – beste Bedingungen für alle schaffen.**

299  
300 Die wachsende Zahl von Schülerei\*nnen, die Digitalisierung und die sich verändernde  
301 Berufswelt stellen unsere Schulen vor neue, große Herausforderungen. Die Förderung von  
302 nachhaltigen Bildungschancen und -angeboten ist eine Zukunftsaufgabe für unser Land und  
303 einer der entscheidenden Hebel für mehr soziale Gerechtigkeit und gerechte  
304 Entwicklungsperspektiven. Umso kritikwürdiger sind das bildungspolitische Handeln  
305 oberhalb der kommunalen Ebene und die unzureichende Ausstattung unserer Schulen.  
306 Obwohl das Land für die pädagogische Versorgung und Inhalte zuständig ist, übernehmen  
307 wir, im Interesse unserer jungen Generation, Verantwortung im Rahmen unserer  
308 Möglichkeiten. Denn die Schulen im Kreis Groß-Gerau sind nicht nur Bildungsstätten,  
309 sondern auch Entwicklungsorte, in denen die jungen Menschen viel Zeit verbringen. Dort  
310 werden die Voraussetzungen geschaffen, dass sie ihre Interessen entwickeln und ihnen  
311 nachgehen können. Daher soll ein breites Spektrum an Angeboten für die individuelle  
312 Entwicklung vorhanden sein.

313  
314 Dringend erforderliche Sanierungsmaßnahmen wurden zum Abschluss gebracht. Jetzt heißt  
315 es, mit der beschlossenen Schulbau-Initiative auf die aktuellen Herausforderungen der  
316 kommenden Jahre angemessen zu reagieren. Mit kraftvollen Investitionen in unsere Schulen  
317 soll dies gewährleistet und umgesetzt werden. Der weitere Ausbau der Ganztagschule soll  
318 dabei priorisiert und für Familien kostenfrei sein

319  
320 Lernmittelfreiheit ist in der hessischen Verfassung verankert. Trotzdem ist sie immer noch  
321 nicht gewährleistet. Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen werden durch  
322 Klassenfahrten, Exkursionen und Beiträge für zusätzliche Lern- und Übungsmaterialien

323 finanziell belastet. Das Bildungs- und Teilhabepaket gleicht dies nur für einen Teil der  
324 Familien und auch hier nur unzureichend aus. Der Kreis Groß-Gerau springt ein, indem er  
325 den Schulen mehr finanzielle Mittel für Verbrauchsmaterialien zur Verfügung stellt.  
326 Allerdings hat dies aus finanziellen Gründen seine Grenzen. Die Koalitionsfraktionen fordern  
327 das Land auf, für eine echte Lernmittelfreiheit zu sorgen.

328  
329 Der Kreis Groß-Gerau hat in den vergangenen Jahren die Schulsozialarbeit erfolgreich weiter  
330 ausgebaut und wird dieses Ziel auch weiter verfolgen. Schulsozialarbeit muss auf alle  
331 Schulformen ausgeweitet werden.

332  
333 Eine Zuweisung von Schulsozialarbeit nach Sozialindex wird angestrebt.

334  
335 Die durch die Coronapandemie nochmals deutlicher hervortretenden sozialen Probleme und  
336 Herausforderungen durch psychische Probleme junger Menschen wollen wir mit einem  
337 adäquaten Schlüssel an Schulsozialarbeiter\*innen sowie Schulpsychologinnen und -  
338 psychologen begegnen, um Benachteiligungen, wo sie vorhanden sind, auszugleichen.

339  
340 **Digitalisierung (Anbindung und Ausstattung in den Schulen)**

341  
342 Digitale Kompetenzen sind eine Voraussetzung für Teilhabe in der Gesellschaft und  
343 etablierter Lernauftrag in unseren Schulen. Wir werden alle Schulen im Kreis mit  
344 flächendeckendem WLAN in ausreichender Bandbreite ausstatten. Den Digitalpakt Schule  
345 von Bund und Land werden wir in unseren Schulen weiter konsequent umsetzen, um eine  
346 ausgereifte digitale Lehr- und Lerninfrastruktur zu schaffen. Mit Beratungsangeboten  
347 unterstützen wir unsere Schulen bei der Entwicklung, der Evaluation und der  
348 Weiterentwicklung digitaler Bildungskonzepte. Durch den digitalen Wandel entstehen neue  
349 Chancen, aber auch neue Herausforderungen. Lehrkräfte wie Schüler\*innen brauchen eine  
350 hohe Kompetenz beim Umgang mit der Digitalisierung, dazu gehört auch die kritische  
351 Auseinandersetzung mit Chancen, Grenzen und Gefahren. Dafür sind neue Kompetenzen bei  
352 Lernenden und Lehrenden von Nöten. Deshalb schaffen wir kreiseigene Fortbildungen für  
353 Lehrkräfte an der Kreisvolkshochschule.

354  
355 Wir wollen weiterhin in den kommenden Jahren die Schulreinigung in kommunale  
356 Verantwortung zurückführen und die Kürzungen zurücknehmen. Für die Beschäftigten des  
357 Kreises im schulischen Bereich stehen wir für gerechte Entlohnung und sichere Arbeitsplätze.  
358 Befristungen bei Beschäftigten werden sukzessive abgebaut, die Mitarbeiter\*innen im  
359 Ganztagsbereich erhalten feste Verträge.

360  
361 Der Schulentwicklungsplan (SEP) ist derzeit in Aufstellung. Dieser wird mit allen an Schule  
362 Beteiligten öffentlich diskutiert und bei Bedarf geändert. Wir wollen überall ein modernes  
363 Bildungskonzept ermöglichen. Echte Ganztagschulen in modernen Schulbauten  
364 ermöglichen Lernenden einen altersgerechten Wechsel aus Bildung, Bewegung, Spiel und  
365 sozialen Kontakten - ohne Gebühren. Sie ermöglichen eine individuelle Förderung aller  
366 Lernenden. Ein Mittagessen gehört zum Angebot ganztätig arbeitender Schulen. Wir  
367 unterstützen Schulen bei der Umstellung auf kostenfreies Essens mit Bio-Standard und  
368 Produkten aus der Region.

369

370 Wir unterstützen die Schulgemeinden bei ihrem Wunsch nach Ausbau zu integrierten  
371 Gesamtschulen und bringen diesbezüglich den Dialog mit Schüler\*innen, Lehrer\*innen und  
372 Eltern weiter aktiv voran, um den notwendigen Bedarf flächendeckend gerecht zu werden.  
373

374 Jedes Kind hat das Recht, in einer Regelschule beschult zu werden. Wir schaffen an allen  
375 Schulen im Kreis inklusive Bildungsangebote und die jeweils erforderliche Infrastruktur.  
376

377 Das Schüler\*innenticket Hessen soll künftig allen Schüler\*innen bis zu den  
378 Abschlussjahrgängen kostenfrei zur Verfügung stehen. Darüber hinaus sollen auch alle  
379 Auszubildenden und arbeitslose Jugendliche ein kostenloses Schüler\*innenticket erhalten.  
380

381 Wir wollen weiterhin Aufklärungsangebote zur sexuellen Vielfalt in allen Schulen. Die  
382 Unterstützung von von LSBTTIQ\*-Jugendlichen (Die Abkürzung LSBTTIQ\* steht für lesbische,  
383 schwule, bisexuelle, transgender, transsexuelle, intersexuelle und queere Menschen) an  
384 unseren Schulen muss selbstverständlich sein. Schulaufklärungsprojekte helfen, dass Vielfalt  
385 als Chance begriffen wird. Eine Stärkung der Umwelterziehung in Schulen, die Themen wie  
386 Gesundheit, Ernährung, Energie- und Wasserverbrauch, adäquaten Umgang mit Ressourcen,  
387 Natur- und Tierschutz umfasst, ist wünschenswert.  
388

389 Wir streben an, dass alle Schüler\*innen nach Abschluss der Schullaufbahn eine  
390 Anschlussperspektive erhalten. Bildung endet nicht mit dem Schulabschluss. Berufliche Aus-  
391 und Weiterbildung müssen in jedem Alter möglich sein. Berufsbilder verändern sich. Auch  
392 Erwachsenen soll es ermöglicht werden, einen Schulabschluss oder ein Studium  
393 nachzuholen.  
394

395 Jungen Menschen ohne allgemeine Hochschulreife muss es in noch stärkerem Maße als  
396 bisher ermöglicht werden, eine qualifizierende Ausbildung oder ein Studium an einer  
397 Fachhochschule zu durchlaufen. Dabei kommt auch den Berufsschulen im Kreis eine große  
398 Bedeutung zu. Deshalb werden wir dem Berufsschulzentrum in Groß-Gerau durch Um- und  
399 Neubau eine Ausrichtung auf veränderte Bedingungen ermöglichen.  
400

401 Lebensbegleitendes Lernen ermöglicht persönliche Entwicklung und gesellschaftliche  
402 Teilhabe, vermittelt Kompetenzen zum sozialen Zusammenleben, zur demokratischen  
403 Mitgestaltung und zur beruflichen Entwicklung. Wir setzen uns ein für lebensbegleitende  
404 Weiterbildung und niederschweligen Zugang zu Bildungsmaßnahmen für alle Menschen im  
405 Kreis, unabhängig vom Einkommen. Die Möglichkeiten des lebenslangen Lernens und des  
406 Ausbaus der individuellen Fähigkeiten gehören zu den wichtigsten Punkten im kommunalen  
407 Bildungsangebot. Deswegen werden wir an der Vielfalt des Angebots festhalten. Wir wollen  
408 die KVHS dabei unterstützen, ein bedarfsgerechtes, regionales Angebot zur Digitalisierung zu  
409 etablieren. Diese Unterstützung erfolgt auch für den Ausbau eigener digitaler  
410 Bildungsstrukturen.  
411

412 Die Aufgabenfelder eines kostengünstigen Grundbildungsangebots, der trägerneutralen  
413 Weiterbildungsberatung und der moderierenden Entwicklung der Weiterbildungslandschaft  
414 im Kreis Groß-Gerau erfordern eine stabile öffentliche Finanzierung. Der jetzige  
415 Programmumfang der Kreisvolkshochschule muss deshalb unbedingt erhalten bleiben und  
416 nach Möglichkeit ausgebaut werden. Der Kreis setzt sich für eine bessere Finanzierung der

417 öffentlichen Erwachsenenbildung durch das Land ein und wird die KVHS weiterhin finanziell  
418 unterstützen.  
419  
420

## 421 **Wohnungsbau im Kreis Groß-Gerau**

422  
423 Die Einwohner\*innenzahl des Kreises Groß-Gerau ist in den letzten Jahrzehnten stetig  
424 gewachsen auf nun rund 280.000. Diese Entwicklung wird sich fortsetzen. Daher steigt der  
425 Bedarf an Wohnungen, insbesondere an bezahlbarem Wohnraum, weiter an. Schon heute  
426 können viele Menschen ihre Mieten und Nebenkosten nur noch schwer bezahlen. Die  
427 Notwendigkeit, Unterstützungsleistungen (Wohngeld, Aufstocker\*innen) zu beantragen  
428 nimmt weiter zu. Es gibt in unserem Kreis einen Mangel an bezahlbarem und barrierefreiem  
429 Wohnraum, dem wir durch Förderung und Unterstützung von mietpreisgebundenem  
430 Wohnungsbau abhelfen wollen. Wir setzen uns in den Städten und Gemeinden dafür ein,  
431 dass ein verpflichtender Anteil von sozial geförderten Wohneinheiten festgelegt wird. Wir  
432 wollen sozial gemischte Wohngebiete schaffen, in denen sich alle Wohnen leisten können.  
433 Unser besonderes Augenmerk gilt Wohnraum, der auch für größere Familien oder alte  
434 Menschen bezahlbar ist sowie einem Wohnangebot für junge und ältere Menschen mit  
435 Beeinträchtigungen.

436  
437 Gerade durch die Corona-Pandemie sind noch mehr Menschen gefährdet, ihre Wohnung zu  
438 verlieren. Der Kreis sorgt mit seiner Wohnungssicherungsstelle gemeinsam mit den Städten  
439 und Gemeinden dafür, dass Wohnungsverlust, aber auch die Einstellung von Strom, Heizung  
440 und Wasser aus sozialen Gründen verhindert werden. Auch diejenigen, die bereits ihre  
441 Wohnung verloren haben, sollen zukünftig unterstützt werden. Mit dem „Housing first“-  
442 Programm gilt es in Zusammenarbeit mit Wohnungsbaugesellschaften und  
443 Wohlfahrtsverbänden sowie sozialen Dienstleistern, Menschen wieder eine Wohnung zu  
444 verschaffen und sie auch dauerhaft halten zu können. Aber auch die niedrigschwellige Hilfe  
445 für Menschen, die wohnungs- oder obdachlos sind, muss ausgebaut werden.

446  
447 Darüber hinaus unterstützen wir das generationenübergreifende Wohnen, das ein  
448 Zukunftsmodell zur Stärkung des sozialen Gemeinwesens und zur besseren Nutzung von  
449 Wohnraum sein kann. Dem Kreis wird die Rolle zukommen, einen solchen  
450 Entwicklungsprozess zu moderieren, die handelnden Akteur\*innen einzubeziehen, Expertise  
451 und Erfahrungen einzuladen, um diesen Prozess intensiv zu begleiten.

452  
453 Allerdings sehen wir auch das Dilemma, das mit verstärktem Wohnungsbau einhergeht: Der  
454 Boden- und Ressourcenverbrauch (z.B. Auskiesung) wächst massiv und trägt nicht  
455 unerheblich zur menschengemachten Klimaveränderung bei. Ebenso ist die  
456 Wohnungsbaufrage stark abhängig von Kapitalinteressen und folgt nicht nur dem  
457 angemessenen Raumbedarf bei steigenden Einwohnerzahlen, sondern ist in unserer Region  
458 auch besonders stark Spekulationsinteressen unterworfen.

459  
460 Grundsätzlich sollte einer Innenentwicklung auf Freiflächen oder neu zu entwickelnden  
461 Flächen in den Bestandsgebieten der Vorrang vor einer Außenentwicklung "auf der grünen  
462 Wiese" eingeräumt werden, wobei eine Nachverdichtung maßvoll umzusetzen und sowohl  
463 ökologische, wie auch städtebauliche und soziale Folgen angemessen zu berücksichtigen

464 sind. Grün- und Frischluftflächen müssen auch bei einer Nachverdichtung erhalten bleiben  
465 und Grundstücke dürfen nicht vollständig versiegelt und zu Betonflächen ohne Grün werden.  
466 Zur Verringerung von Flächenverbrauch sollte auch ein Bauen "in die Höhe" angestrebt  
467 werden und die Schaffung von Wohnraum über gewerblichen Einheiten, wie z.B.  
468 Verbrauchermärkten, zumindest ernsthaft geprüft werden.

469  
470 Die Anbindung von Wohngebieten an den ÖPNV muss in Zukunft gewährleistet sein.

471  
472 Wir wollen und müssen eine offene und öffentliche Diskussion führen, wie wir bestehende  
473 Widersprüche behandeln wollen. Dazu gehört eine viel stärkere Zusammenarbeit der  
474 Kreiskommunen, aber auch eine intensivere Absprache mit den Nachbarorten jenseits des  
475 Kreises in der Region. Wir sehen die Schaffung von entsprechenden Wohnraumangeboten  
476 schwerpunktmäßig als Aufgabe der kommunalen Gesellschaften und Baugenossenschaften  
477 an, die bei der Umsetzung unserer Ziele eng zu beteiligen sind.

478  
479 Die Realisierung unserer Forderung nach sozialem Wohnungsbau, eine gerechte Aufteilung  
480 dieser Verantwortung innerhalb der Kreiskommunen wie auch mögliche Unterstützungs-  
481 oder Ausgleichsleistungen des Kreises sind im Vorfeld einer Bauleitplanung durch die  
482 Kommunen gemeinsam zu beraten. Der Kreis Groß-Gerau soll hierfür eine koordinierende  
483 Funktion einnehmen. Bei der Neuaufstellung der Flächennutzungspläne (RegFNP und  
484 örtliche FNP) sind diese Handlungsfelder von zentraler Bedeutung.

485  
486 Wir sprechen uns dafür aus, dass die Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau  
487 überdacht werden, damit auch Familien aus dem Bereich der unteren Einkommensmitte  
488 Anspruch auf eine öffentlich geförderte Wohnung haben. Dazu werden wir Debatten auf  
489 Landes und Bundesebene vorantreiben, um auf dieses Defizit aufmerksam zu machen.

490  
491

## 492 **Unser Kreis fördert Kultur und Sport**

493  
494 Kultur und Sport sind während der Corona-Pandemie im öffentlichen Raum nahezu zum  
495 Erliegen gekommen. Viele Kulturschaffende können aktuell nicht in ihrem Beruf arbeiten  
496 oder sind auf Sozialleistungen angewiesen. Es bedarf einer großen Anstrengung aller  
497 Beteiligten (öffentliche Hand, Wirtschaft, Bürger\*innenschaft) in den nächsten Monaten und  
498 Jahren dafür zu sorgen, dass ein lebendiges Kulturleben wieder entstehen kann. Deshalb  
499 sind abgestimmte Programme notwendig, ein Runder Tisch Kultur und viele  
500 Förderprogramme.

501  
502 Schließlich trägt kommunale Kultur entscheidend zum Gesicht unseres Kreises bei. Dabei  
503 bekennen wir uns ausdrücklich zur Netzwerkstruktur unserer Arbeit. Eingebunden in  
504 regionale Strukturen (Kulturregion, Route der Industriekultur, Kultursommer Südhessen) und  
505 eng verzahnt mit unseren Gemeinden (Kulturgemeinde, Volk im Schloss, Offene Ateliers,  
506 Spargeltage Gerauer Land, Kulturinitiativen, etc.) wollen wir die vielfältige Kultur im Kreis  
507 und der Region in kooperativer Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden  
508 weiterentwickeln. Gemeinsam mit der Kreisvolkshochschule wollen wir das Ehrenamt weiter  
509 fördern (Ehrenamtskarte) und damit auch zur Stabilisierung der Vereinsarbeit beitragen. Das  
510 Schloss Dornberg bleibt in die Regionalparkroute eingebunden. Durch "Volk im Schloss"

511 (Dornberg) konnte eine weitere Belegung sichergestellt werden. Mit einem Schwerpunkt  
512 "Kinder und Jugend" wollen wir die junge Generation noch besser in das Kulturprogramm  
513 einbeziehen und damit auch einen Beitrag leisten, die Generationen in unserem Kreis noch  
514 enger zusammenzuführen.

515  
516 Wir unterstützen die Organisation und Zusammenarbeit schulischer und außerschulischer  
517 Kultureinrichtungen, wie zum Beispiel die Kooperation von Musikschulen und Schulen.  
518 Insbesondere Kindern und Jugendlichen wollen wir so die Freude an Kunst und Kultur  
519 vermitteln, denn je früher dies gelingt, desto leichter lassen sich Kunst und Kultur den  
520 Menschen näherbringen.

## 521 522 **Sport**

523  
524 Den aktuellen Sportentwicklungsplan wollen wir gemeinsam mit den Gemeinden, Vereinen  
525 und Verbänden umsetzen und fortschreiben, um damit die Arbeit der Sportvereine und der  
526 ehrenamtlich aktiven Menschen auszubauen und zu stärken. Wir tun dies ausdrücklich auch  
527 vor dem Hintergrund der großen gesellschaftlichen Aufgabe, der Bewegungsarmut  
528 entgegenzuwirken. Nicht zuletzt bietet Sport insbesondere für Jugendliche einen wichtigen  
529 Ausgleich für schwierige Situationen in Schule und Familie, einen Rückzugsort und eine  
530 Möglichkeit, sich mit Gleichaltrigen auszutauschen. Hier werden Freund\*innenschaften für  
531 das Leben geschlossen. Vor allem für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen sind  
532 solche Formen des Miteinanders ein unabdingbares, niedrighschwelliges Angebot und eine  
533 wichtige strukturelle Bereicherung.

534  
535 Wegen der Corona-Pandemie haben viele Sportvereine unzählige Mitglieder verloren.  
536 Wegen der Kopplung der Mitgliederzahlen an die finanzielle Förderung bangen viele Vereine  
537 um ihre weitere Zukunft. Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) spricht von massiven  
538 und teilweise irreparablen Schäden an unserem Sportsystem. Deswegen muss es unsere  
539 oberste Priorität sein, dass wir unseren Vereinen wieder auf die Beine helfen.

540  
541 Die Koalition setzt sich daher für eine weitere unentgeltliche Überlassung der Sportstätten  
542 des Kreises an die Vereine ein.

543  
544 Weil unklar bleibt, wann wieder Normalität in den Sport-Alltag einkehrt, ist es notwendig,  
545 unsere Sportanlagen jetzt so umzugestalten, dass Corona-sicherer Sport für alle möglich  
546 wird. Kleine, festgelegte Trainingsgruppen und hygienekonforme Sportstätten sollten Teil  
547 eines gesunden, nachhaltigen Umgangs mit der Krise sein. Hierfür benötigen wir vor allem  
548 mehr Trainer\*innen- und Übungsleiter\*innen, deswegen wollen wir die kreisweiten  
549 Fördermittel aufstocken und unbürokratisch zur Verfügung stellen.

550  
551 Bewegungsfreundliche Pausenhöfe sowie öffentliche Outdoor-Fitnessanlagen müssen  
552 darüber hinaus nicht nur Jugendlichen, sondern jeder Altersgruppe zugänglich gemacht  
553 werden. Ferner soll die Kreispolitik weitere Räume für mehr Bewegung schaffen. Hierbei  
554 sollen Radwanderwege und Inliner-Strecken erschlossen werden.

555  
556 Wir wollen die Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen, wie etwa  
557 Kooperationsprojekte im Breitensport und bei der Talentförderung stärken. Damit wollen

558 wir einen Gegenpol zur Ökonomisierung im Sportbereich setzen sowie das Ehrenamt und die  
559 Vereinskultur in unserem Kreis stärken.

560

561 Den wachsenden Anteil von Nicht-Schwimmer\*innen beobachten wir kritisch. Wir setzen  
562 uns dafür ein, dass jedes Kind in unserem Kreis Zugang zu Schwimmunterricht erhält.

563

564

565

## **Kreis Groß-Gerau – sozial und familienfreundlich**

566

567 Wir wollen Menschen ermöglichen, selbstbestimmt zu leben und an der Gesellschaft  
568 teilzuhaben. Hierfür wollen wir Armut vermeiden bzw. zurückdrängen. Einen besonderen  
569 Fokus legen wir dabei auf die Bekämpfung von Kinderarmut und Altersarmut. Soziale,  
570 kulturelle und gesundheitliche Einrichtungen müssen dabei qualitative und hochwertige  
571 Arbeit leisten und für alle im Kreis gut erreichbar sein.

572

573 Unser Ziel ist, dass alle Menschen gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben. Wir stellen  
574 uns gegen die zunehmende Spaltung der Gesellschaft und die soziale Ausgrenzung durch  
575 Armut. Wir wollen uns nicht damit begnügen, finanzielle und soziale Notsituationen  
576 abzufedern, wir wollen eine bessere soziale Infrastruktur für Teilhabe schaffen. Das  
577 vorhandene gute soziale Netzwerk von institutionellen und freien Initiativen und  
578 Träger\*innen gilt es zu erhalten und auszubauen. Gemeinwesenprojekte in Quartieren, die  
579 hierfür Bedarf haben, werden von uns genauso unterstützt wie der flächendeckende Ausbau  
580 von Familienzentren, um die Generationen stärker miteinander zu verzahnen. Konkret  
581 bedeutet das, vor Ort anzupacken: Soziale Projekte unterstützen, ein sich für die Menschen  
582 engagierendes Jobcenter, Gleichberechtigung voranbringen und gegen die Altersarmut –  
583 besonders von Frauen – Strategien entwickeln. Alle inhaltlichen und infrastrukturellen  
584 Angebote im Kreis müssen inklusiv und barrierefrei sein.

585

586 Bildung, gesunde Ernährung, bezahlbarer Wohnraum, Mobilität, digitale Teilhabe, Kultur,  
587 Sport und gute Gesundheitsversorgung müssen für alle zugänglich sein. Armutsprävention  
588 ist dabei für uns genauso wichtig wie das Zurückdrängen von Armut.

589

590 Die Koalition bekennt sich zum Aufbau und zum Erhalt von verlässlichen, humanen, sozialen  
591 Strukturen und kulturellen Netzwerken, zur Sicherung und Befähigung zur Teilhabe am  
592 gesellschaftlichen Leben, zum Grundsatz "Hilfe zur Selbsthilfe" und Selbstbestimmung, zum  
593 Ausbau sozialer Leistungen – auch in Bezug auf deren Qualität.

594

### **Familien**

595

596  
597 Mit der Initiative "Frühe Hilfen – Keiner fällt durchs Netz" wollen wir Beratungs- und  
598 Hilfsangebote weiterhin ausbauen, mit denen Kindern, die in belasteten Verhältnissen leben,  
599 mehr Entwicklungschancen gegeben werden. Mittelfristig soll das Angebot allen Eltern nach  
600 der Geburt eines Kindes zur Verfügung stehen, so dass diese ein Beratungs- und  
601 Unterstützungsangebot erhalten und über die Hilfen im Kreis Groß-Gerau informiert sind.

602

603 Die Vereinbarung von Familie und Beruf als zentrale Kreis- und Gemeindeaufgabe soll durch  
604 den Ausbau von Betreuungsangeboten für die 0-6-Jährigen und der Ganztagschule

605 sichergestellt werden. Wir brauchen flächendeckende und hoch qualifizierte Einrichtungen  
606 frühkindlicher Bildung von der Kinderkrippe bis zum Schulalter. Sie sollen zum einen die  
607 Familienplanung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Elternteile  
608 sicherstellen, zum anderen Kinder umfassend bilden und fördern. Der weitere Ausbau an  
609 hochwertig betreuten Ganztagsplätzen für Kinder im Kindergarten- und insbesondere im  
610 Grundschulalter muss vorangetrieben werden. Ein bedarfsgerechtes und  
611 qualitätsorientiertes Angebot für Kinder aller Altersstufen sowie die Betreuung von 7 bis 17  
612 Uhr muss garantiert werden. Das Land ist in der Verantwortung, eine bessere personelle  
613 Ausstattung und Bezahlung der Beschäftigten durch Erhöhung der Zuschüsse zu  
614 ermöglichen. Die Kommunen müssen bei der frühkindlichen Bildung unbedingt entlastet  
615 werden, Beitragsfreiheit auf die Unter-Dreijährigen und die Ganztagsbetreuung erweitert  
616 werden. Unser Ziel ist, dass alle Kinder unabhängig von der finanziellen Situation des  
617 Elternhauses an hochwertigen und personell gut ausgestatteten Bildungs-, Betreuungs- und  
618 Erziehungsangeboten teilhaben. Dazu gehört auch, Netzwerke mit Tageseltern aufzubauen,  
619 um die Randzeiten mit abzudecken.

620  
621 Ganz besonders die Corona-Pandemie hat aufgezeigt, wie stark belastet Familien sind. Sie  
622 setzt diese massiv unter Druck und bürdet ihnen viele Aufgaben auf, die ansonsten von  
623 Institutionen geleistet wurden. Wenn Unterstützungseinrichtungen wegfallen, ist es oft nicht  
624 möglich festzustellen, welcher Bedarf in den Familien vorhanden ist und wie er gedeckt  
625 werden kann. Deshalb ist ein gut strukturiertes Netz von Beratungs- und Hilfsangeboten  
626 erforderlich. Es ist während und nach der Pandemie wichtig, die Unterstützungsangebote  
627 aufrecht zu erhalten und auszubauen und dafür zu sorgen, dass Familien ihrer Funktion  
628 gerecht werden können. Wir brauchen im Kreis gute und flächendeckende Hilfsangebote für  
629 Kinder und Jugendliche, die mit der aktuellen Situation nicht zurechtkommen.

630  
631 Wir brauchen dringend eine bessere Personalausstattung in der Jugend- und Familienhilfe,  
632 hier sind besonders Bund und Land gefragt. Jugendämter müssen ihrer vielfältigen Aufgaben  
633 gerecht werden können, in der Unterstützung von Familien, im Jugendschutz und bei der  
634 Durchsetzung von Kinder- und Jugendrechten.

### 635 636 **Gewalt im persönlichen Umfeld verhindern**

637  
638 Nicht erst die Pandemie zeigt die Verletzlichkeit des häuslichen Umfelds besonders für  
639 Frauen und Kinder, die von Gewalt bedroht oder betroffen sind. Die betreffenden  
640 Einrichtungen benötigen finanzielle und organisatorische Unterstützung, ein zweites  
641 Frauenhaus wird im Kreis errichtet. Im Sinne der Istanbul-Konvention muss vermehrt  
642 präventiv gehandelt werden. Im Kreis Groß-Gerau soll eine Stelle geschaffen werden, die die  
643 Beweise bei Vergewaltigungen sichert und die Betroffenen bezüglich einer Strafanzeige  
644 berät.

### 645 646 **Rechte von Kindern und Jugendlichen verwirklichen**

647  
648 Kinder und Jugendliche haben Rechte. Diese Rechte müssen sie kennen und einfordern  
649 können. Die Kinder- und Jugendförderung, Schulen und Vereine haben hier eine wichtige  
650 Vermittlungsaufgabe, aber auch die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass Kinder und  
651 Jugendliche für ihre Interessen selbst eintreten können.

652

653 Wir brauchen eine Jugendförderung, die sich den heutigen gesellschaftlichen Anforderungen  
654 im Jugendbereich stellt und wirksame Konzepte entwickelt. Wir setzen uns dafür ein,  
655 Heimunterbringung von Kindern und Jugendlichen zu vermeiden und Strategien zu  
656 entwickeln, die zu einer Integration in Gesellschaft und Familien führen. Die Reform der  
657 Jugendhilfe soll dafür genutzt werden. Kinder und Jugendliche in der Jugendhilfe brauchen  
658 neutrale Ombudsstellen, an die sie sich in Konfliktfällen wenden können.

659  
660 Wir setzen uns dafür ein, Jugendlichen einen erfolgreichen Berufseinstieg und  
661 Zukunftsperspektiven zu sichern. Der Kreis ist in der Berufswegeplanung sehr gut aufgestellt.  
662 Die Anstrengungen sollten aber im Hinblick auf die Einmündung in eine berufliche  
663 Ausbildung gemeinsam mit Kammern, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen  
664 gestärkt werden. Wir legen unser Hauptaugenmerk verstärkt auf die Ausbildungs- und  
665 Beschäftigungsförderung junger Menschen, um der Jugendarbeitslosigkeit, gerade bei  
666 Jugendlichen mit Vermittlungshemmnissen, und damit einer Perspektivlosigkeit entgegen zu  
667 wirken.

668  
669 Auch die Stärkung der Jugendverbände und außerschulischen Angebote hat mit der  
670 Pandemie eine große Bedeutung bekommen. Flächendeckende und kreisübergreifende  
671 Freizeit- und Betreuungsangebote wie im Feriendorf Ober-Seemen sind sicherzustellen und  
672 inklusiv auszugestalten.

673  
674 Das Angebot der LSBTTIQ\*-Beratungsstelle queer-format soll evaluiert, vom Kreis  
675 unterstützt und ausgeweitet werden. Es wendet sich an Jugendliche, deren Angehörige und  
676 Erwachsene und unterstützt alle im Recht auf selbstbestimmte sexuelle Orientierung und  
677 selbstbestimmte geschlechtliche Identität.

678  
679 **Inklusion leben**

680  
681 Wir werden dafür Sorge tragen, dass für junge Menschen mit Behinderungen nach der  
682 Schulzeit integrative Arbeits- und Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Wir engagieren  
683 uns dafür, dass sich Betriebe dafür öffnen und sorgen für entsprechende Angebote. Für  
684 schwerstbehinderte Menschen müssen nach Beendigung der Schule Plätze in  
685 Tagesförderstätten vorhanden sein, um ihnen die Möglichkeit zu geben, ein strukturiertes  
686 Leben außerhalb der Familie oder Einrichtung zu führen. Es ist unser Ziel, dass diese Plätze  
687 wohnortnah ausgebaut werden.

688  
689 Der Koalition liegt der Erhalt der selbstbestimmten Lebensführung in der Wohngemeinde  
690 nach dem Grundsatz „ambulante vor stationärer Versorgung“ am Herzen. Deshalb  
691 engagieren wir uns mit dem LWV für ein ausreichend großes Netz von ambulanten  
692 Wohnmöglichkeiten und eine weitere wohnortnahe Wohnstätte für junge Menschen.

693  
694 Arbeit ist für die gesellschaftliche Teilhabe ein wesentlicher Bestandteil. Für die Integration  
695 von Menschen mit Unterstützungsbedarf in Betrieben und Behörden muss eine größere  
696 Offenheit geschaffen werden. Aus der Arbeit in betreuten Einrichtungen sind Übergänge auf  
697 den ersten Arbeitsmarkt oder in den öffentlichen Beschäftigungssektor zu schaffen.

698

699 Der Abbau von Barrieren ist allerdings umfassend erforderlich. Neben den Barrieren im  
700 Straßenverkehr, bei der Nutzung von Internetangeboten und im Arbeitsleben ist auch der  
701 Abbau von Barrieren bei der politischen Mitbestimmung erforderlich.

702

### 703 **Beratungsangebote im Kreis erhalten und ausbauen**

704

705 Der Erhalt und der Ausbau der Verbraucher\*innenberatung im Kreis Groß-Gerau hat eine  
706 große Bedeutung. Beratung, Information und Bildung durch die Verbraucher\*innenzentrale  
707 in den Bereichen Finanzen, Energie und Vertragswesen sind gerade in Pandemiezeiten  
708 unerlässlich und werden weiterhin unterstützt und gefördert. Die Schuldner\*innenberatung  
709 ist eine starke Säule in der Unterstützung von Menschen in finanziell schwierigen  
710 Situationen. Wir überprüfen, ob die Angebote ausreichend sind, um Menschen vor  
711 Wohnungsverlust und Pfändungen zu schützen, die aufgrund der eingeschränkten  
712 Verdienstmöglichkeiten drohen oder bereits vor der Tür stehen. Das niedrigschwellige  
713 Angebot der Schuldner\*innenberatung ermöglicht den Erhalt materieller Unabhängigkeit.  
714 Ziel ist es, betroffenen Familien und Einzelpersonen die Teilhabe an der Gesellschaft wieder  
715 zu ermöglichen. Außerdem wird sichergestellt, dass ein Netz aus geeigneten Hilfsangeboten  
716 den Folgen der langfristigen Armut, wie psychosozialen und anderen gesundheitlichen  
717 Problemen und Bildungsdefiziten, entgegensteuert wird.

718

719 Gleiches gilt für alle Beratungsangebote für Familien, Partner\*innenschaften,  
720 Drogenberatung, Wohnraumanpassung, Beratungsangebote, die sich an Menschen mit  
721 Behinderungen, an ältere Einwohner\*innen oder an diejenigen mit Migrationshintergrund  
722 richten, zum Thema Gewalt und anderen Fragen. Diese werden in Netzwerken vom Kreis  
723 koordiniert, unterstützt und regelmäßig auf die Notwendigkeit von Anpassung und  
724 Erweiterung überprüft. Die generationenübergreifende Infrastruktur  
725 (Mehrgenerationenprojekte/-vereine, Soziale Netzwerke, Soziale Stadt) und unser  
726 bestehendes Netz der sozialen Hilfen und Beratung werden systematisch gefördert und  
727 weiterentwickelt.

728

729

730

### **Willkommensstruktur für Geflüchtete**

731

732 Der Kreis stellt sich der Aufgabe, Geflüchtete dabei zu unterstützen, ihren Platz in der  
733 Gesellschaft zu finden. Die Versorgung mit allen sozialen Leistungen, wie  
734 Kindertagesstättenplätze, die Integration in den Schulen, der Erwerb von  
735 Deutschkenntnissen, die Unterbringung in Wohnungen, die Integration in den Arbeitsmarkt,  
736 die Verankerung in Vereinen und im Sport, die gesundheitliche Versorgung sowie die  
737 Begegnung und das Kennenlernen von verschiedenen Kulturen und Religionen sind  
738 Bestandteil dieser Aufgabe. Dafür arbeitet der Kreis mit den Kommunen, den professionellen  
739 und ehrenamtlichen Mitgestalter\*innen eng zusammen. Der Kreis hat sich zum "Sicheren  
740 Hafen" erklärt, festigt seine Willkommenskultur und steht der Aufnahme weiterer  
741 Geflüchteter positiv gegenüber.

742

743 Wir halten daher weiterhin fest: Der Kreis erklärt seine Bereitschaft, eine Gesundheitskarte  
744 für Geflüchtete einzuführen, sobald das Land die gesetzlichen Rahmenbedingungen hierfür  
745 geschaffen hat. Bis dahin wird mit einer großzügigen Praxis sichergestellt, dass Geflüchtete

746 nicht entweder tagelang postalisch auf einen Krankenschein warten oder alternativ im  
747 kranken Zustand nach Groß-Gerau fahren müssen. Die sozialpädagogische Betreuung von  
748 Geflüchteten braucht einen festen Platz im Rahmen der Sozialraumorientierung, die im Kreis  
749 mit den Kommunen auf den Weg gebracht wurde. Die Betreuung der unbegleiteten  
750 Minderjährigen wird mit den Träger\*innen bezüglich Tagesgestaltung, Teilnahme an Sprach-  
751 und Integrationskursen, berufliche Integration sowie Integration in das Vereins- und  
752 gesellschaftliche Leben vereinbart. Eine kreisweite Vernetzung der Ehrenamtlichen und  
753 Hauptamtlichen in der Arbeit mit Geflüchteten muss geleistet werden. Gerade die  
754 Ehrenamtlichen benötigen eine qualifizierte Unterstützung. Hier soll eine Zusammenarbeit  
755 der Kommunen und eine Förderung über Stiftungen geprüft werden.

756  
757

## 758 **Arbeit statt Arbeitslosigkeit**

759

760 Die Wirtschaftsstruktur im Kreis Groß-Gerau steht vor großen Veränderungsprozessen. Ob  
761 Automobilindustrie oder Luftverkehr, angesichts von Pandemie und notwendigem  
762 Klimaschutz werden diese Branchen zukünftig nicht mehr die bisherige Bedeutung haben. Es  
763 ist zu befürchten, zum Teil schon jetzt abzusehen, dass Arbeitsplätze in beträchtlichem  
764 Umfang abgebaut werden. Es stehen aber auch viele Arbeitsplätze im Einzelhandel, bei  
765 Kultur, in Klein- und Mittelbetrieben auf der Kippe oder sind schon nicht mehr vorhanden.  
766 Das lässt befürchten, dass Arbeitslosigkeit zunimmt und Ausbildungsplätze fehlen werden.

767

768 Es werden aber Arbeitsplätze für die Mobilität der Zukunft, welche im Nah-, Rad- und  
769 Fußverkehr liegen, benötigt. Ferntransporte von Personen und Gütern müssen auf die  
770 Schiene verlagert werden, da eine weitere Zersiedlung von Landschaften oder ein  
771 motorisierter Individualverkehr, insbesondere auf der Basis von Öl, nicht zukunftsfähig sind.

772

773 Große Unternehmen hängen auch am Frankfurter Flughafen. Dieser hat sich wie ein Moloch  
774 in die Region gefressen, er zerstört die Landschaft, beeinträchtigt Menschen gesundheitlich  
775 und bietet oftmals keine existenzsichernden Arbeitsplätze. Die Klima- und die Corona-Krise  
776 machen deutlich, dass wir viel stärker regional wirtschaften müssen, um unsere  
777 Lebensgrundlagen zu erhalten.

778

779 Der Kreis hat die Aufgabe, den Transformationsprozess intensiv zu begleiten. Dazu ist es  
780 erforderlich mit der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter, Gewerkschaften und  
781 Arbeitgeberverbänden, mit Selbständigen u.a. ein Forum zu bilden, um zu beraten, wie neue  
782 Arbeitsfelder geschaffen werden können. Bei der Unterstützung von Transfergesellschaften  
783 können neue Arbeitsfelder entwickelt werden.

784

785 Mit Unterstützung durch Bund und Land sind wir gefordert, einen öffentlich geförderten  
786 Beschäftigungssektor mit sozialversicherungspflichtigen und tariflich abgesicherten  
787 Arbeitsplätzen aufzubauen. Vom Bund fordern wir ein existenzsicherndes Einkommen für  
788 alle, gerade in der Pandemie, wo die Absicherung z. B. vieler Solo-Selbständigen,  
789 Künstler\*innen, Schausteller\*innen und weiteren nicht mehr funktioniert.

790

791 Wir setzen darauf, die Anzahl und Vielfalt der Ausbildungsplätze im Kreis Groß-Gerau zu  
792 halten, und werden uns dafür gemeinsam mit den Kammern, Unternehmen und

793 Berufsschulen einsetzen.. Wir legen Wert darauf, die Wertigkeit von Ausbildung darzustellen  
794 und nutzen dafür die Kooperation mit IHK, Kreishandwerkskammer, Arbeitnehmer\*innen-  
795 und Arbeitgeber\*innenorganisationen. Daneben müssen wir die außerbetriebliche  
796 Ausbildung stärken und Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen. Wir schaffen Wohnheime für  
797 Auszubildende im Kreis Groß-Gerau, in Kooperation mit Studierendenwerk, Gewerkschaften  
798 und Unternehmen. Wir möchten gute und sichere Arbeitsplätze für alle Bürger\*innen des  
799 Kreises Groß-Gerau um dem Trend entgegenzuwirken, dass viele junge Menschen keine  
800 langfristigen Perspektiven mehr haben in Bezug auf Familiengründung und berufliche  
801 Entwicklungen.

802  
803

#### 804 **Unterstützung durch Jobcenter**

805

806 Wir werden uns dafür einsetzen, dass im Jobcenter als Unterstützungseinrichtung für  
807 Menschen ohne Arbeit und mit geringen Erwerbseinkommen die Kund\*innenfreundlichkeit  
808 weiter ausgebaut wird. Wir verstehen das Jobcenter als Dienstleister\*in für die Menschen in  
809 der Region, daher begrüßen wir die Dezentralität. Mit den fünf Standorten im Kreis sind wir  
810 beispielhaft - nicht nur in Hessen.

811

812 Für Menschen mit wenig formalisierten Qualifikationen ist es besonders schwierig, einen  
813 neuen Arbeitsplatz zu finden. Deshalb muss das Jobcenter geeignete Qualifizierungs- und  
814 Weiterbildungsmaßnahmen anbieten. Der Fokus soll hier auf Ausbildung und  
815 sozialversicherungspflichtiger, existenzsichernder Beschäftigung liegen. Eine vielfältige  
816 Unterstützung von Menschen ohne Arbeit oder in prekären Lebensverhältnissen kann nur  
817 mit einem guten Personalangebot und passenden Qualifizierungsmaßnahmen geleistet  
818 werden. Daran sind Maßnahmen und Maßnahmenträger\*innen zu messen.

819

820 Beschäftigungsmaßnahmen mit regulären Arbeitsverträgen und existenzsichernden Löhnen  
821 sollen ausgebaut werden; hier sollte auf eine Sanktionsbewehrung verzichtet werden.  
822 Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) führen in die falsche Richtung, stattdessen wird  
823 verstärkt an einem öffentlichen Beschäftigungssektor und der Stärkung des öffentlichen  
824 Dienstes und seiner Unternehmen gearbeitet. In der Vergangenheit haben sich auch gezielte  
825 Projekte bezüglich einzelner Personengruppen im Jobcenter als wirksam erwiesen. Hier sei  
826 bspw. die projektbezogene Vermittlung von Alleinerziehenden in Arbeit hervorgehoben, die  
827 aufgrund einer Förderung verstärkt in gute und nachhaltige Arbeitsverhältnisse vermittelt  
828 werden konnten.

829

830 Arbeitslosengeld-II-Empfänger\*innen erhalten zukünftig weitergehende Informationen über  
831 die Abläufe und damit Sicherheit über das Verfahren. Eine wertschätzende Behandlung muss  
832 eine Selbstverständlichkeit sein. Wir unterstützen die Leitung und die Mitarbeiter\*innen des  
833 Jobcenters bei der Qualitätsentwicklung und -sicherung. Die Sachbearbeiter\*innen werden  
834 durch die Leitung unterstützt, Entscheidungsspielräume zugunsten der Betroffenen  
835 auszulegen.

836

837 Auf Initiative der Koalition hat der Kreistag eine Ombudsstelle für Sozialleistungen im Kreis  
838 Groß-Gerau implementiert und ein niedrigschwelliges Beratungsangebot geschaffen. Diese  
839 Ombudsstelle gilt es weiter zu fördern und aus den Jahresberichten Handlungsanweisungen  
840 herauszuarbeiten.

841  
842 Der Kreis führt eine Teilhabekarte für Menschen ein, die Ansprüche auf Leistungen nach  
843 SGB-II oder XII, Asylbewerberleistungsgesetz, Wohngeld oder Kinderzuschlag haben und  
844 nutzt dabei die Möglichkeiten, die das Land bietet. Eine Übersicht über lokale  
845 Vergünstigungen wird erstellt; um weitere Vergünstigungen für Menschen mit geringen  
846 Einkommen wird bei Kommunen, Veranstalter\*innen, Freizeit- und Sporteinrichtungen  
847 geworben.  
848  
849 Menschen mit Beeinträchtigungen brauchen gezielte Unterstützung, um einen Arbeitsplatz  
850 zu finden. Über das Jobcenter hinaus bleibt dies eine wichtige Aufgabe des Kreises,  
851 Arbeitgeber\*innen für die Einstellung und Weiterbeschäftigung zu gewinnen. Die Einrichtung  
852 von Integrationsbetrieben wird verstärkt angegangen.  
853  
854 Eltern, oft gerade Frauen benötigen nach der Familienphase, aber auch nach anderen  
855 Auszeiten, eine verstärkte Unterstützung, um wieder im Beruf Fuß zu fassen. Spezialisierte  
856 Angebote sollen vom Kreis gefördert werden.  
857  
858 Darüber hinaus gibt es Personen, die aus dem Leistungsbezug gefallen sind und kaum  
859 Unterstützung zur Integration auf dem Arbeitsmarkt bekommen. Wir werden für diese  
860 Personengruppe Lösungen finden.  
861  
862

## 863 **Älter werdende Gesellschaft**

864  
865 Die Anzahl der Menschen in der Altersgruppe 65 plus wird von heute 50.000 auf ca. 63.000  
866 Personen im Jahr 2030 steigen. Dies erfordert staatliche und kommunale Reaktionen.  
867  
868 Wohnortnahe Dienstleistungen sind gerade für Senior\*innen im Kreis von besonderer  
869 Bedeutung, damit der Wunsch, auch im Alter in gewohnter Umgebung verbleiben zu  
870 können, erfüllt werden kann. Innovative Wohnprojekte, die ein selbständiges Älterwerden  
871 mit der Vermeidung von Einsamkeit verknüpfen, werden von uns unterstützt. Dazu gehört  
872 auch die digitale Teilhabe.  
873  
874 Uns ist wichtig:

- 875 • Barrierefreiheit in allen Bereichen.
- 876 • Die Anzahl und Angebote der Beratungs- und Koordinierungsstellen erweitern.
- 877 • Beratungsangebote für Demenz- und Alzheimer-Kranke fördern.
- 878 • Die Einrichtung von Mehrgenerationenhäusern für Jung und Alt voranbringen.
- 879 • Die speziellen Kurse der Volkshochschule für Senior\*innen, vor allem im Bereich der  
880 gesundheitlichen Prävention und Digitalisierung, ausweiten und stärker bewerben.
- 881 • Zugang zu Bildung, Kultur und Sport sichern.
- 882 • Kommunale Beratung von Senior\*innen zu den Themen Freizeit, Wohnen,  
883 Schwerbehinderung, Pflege, Selbsthilfe und Sicherheit bei der Etablierung  
884 unterstützen.

885  
886 Die Koalition sieht die Altersarmut mit großer Besorgnis. Sie engagiert sich, um diese auf  
887 allen Ebenen zu bekämpfen.

## Gesund im Kreis

888

889

890 Die Corona-Pandemie verdeutlicht, dass unserem Gesundheitswesen eine noch viel stärkere  
891 Bedeutung beigemessen werden muss. Eine gute Gesundheitsversorgung unserer  
892 Bevölkerung ist vor dem Hintergrund der zurückliegenden Monate sicherzustellen.

893

894 Die Kreisklinik Groß-Gerau, das GPR in Rüsselsheim, die Vitos-Klinik in Riedstadt, die  
895 niedergelassenen Haus- und Fachärzt\*innenpraxen inkl. der medizinischen  
896 Versorgungszentren sowie der ärztlichen Bereitschaftsdienste, die  
897 Heilmittelerbringer\*innen, die Rettungsdienste und das Gesundheitsamt sind maßgebliche  
898 Akteure zur Sicherstellung des Gesundheitswesens in unserem Kreis und daher  
899 gesamtheitlich zu betrachten.

900

901 Ihnen allen möchte die Koalition an dieser Stelle nochmals einen ausdrücklichen Dank für  
902 ihre engagiert geleistete und herausfordernde Arbeit, gerade in den zurückliegenden  
903 Monaten, aussprechen.

904

905 Gesundheits- und Sozialpolitik ist keine Frage der ökonomischen Balance, sondern ein Teil  
906 der Daseinsfürsorge in der Gesellschaft. Der Kreis hat hierfür aus den bereitgestellten  
907 Mitteln aus der Bevölkerung (Steuern, Gebühren und Abgaben) die medizinische  
908 Grundversorgung mit stark präventiven Charakter vorzunehmen. Wir investieren im Kreis  
909 Groß-Gerau derzeit jährlich mehrere Millionen Euro in die Bereitstellung medizinischer  
910 Dienstleistungen: alleine in die Kreisklinik Groß-Gerau. In der Gesamthaushaltsbetrachtung  
911 wollen wir diese Defizitabdeckung auf einen angemessenen Betrag von weniger als fünf  
912 Millionen Euro bei gleichzeitiger Verbesserung und konzeptioneller Änderung der Leistungen  
913 zurückfahren. Dieses Ziel ist mit den eingeleiteten Schritten erreichbar, ohne dass der  
914 Standort der Kreisklinik Groß-Gerau bzw. die Entwicklung zu einem intersektoralen  
915 Gesundheitszentrum in Frage steht. Aus unserer Sicht sind die Defizitabdeckungen aufgrund  
916 der strukturellen Gegebenheiten in den nächsten Jahren unvermeidbar, aber wir wollen bei  
917 den Anstrengungen, die wir hierfür übernehmen, auch eine wesentliche Verbesserung der  
918 Leistungen erreichen. Als eine wichtige Erfahrung aus der Pandemie ist gegenüber dem Bund  
919 und dem Land die unzureichende Finanzausstattung des Gesundheitswesens zu  
920 verdeutlichen. Die Investitionskosten der Kliniken müssen zukünftig vollständig vom Land  
921 getragen werden, dazu gehört auch eine sichere Ausstattung der Informationstechnologie.  
922 Die Kosten des Krankenhausbetriebs müssen aus den Mitteln der Krankenversicherungen  
923 ebenfalls vollständig beglichen werden. Fehlanreize sind ebenso zu vermeiden wie die  
924 Unterfinanzierung von notwendiger Behandlung. Es ist erforderlich, dass die Kommunen  
925 entsprechende finanzielle Ausgleichs für die Übernahme dieser bedeutsamen Aufgabe der  
926 Grunddaseinsversorgung erhalten, um das Netz der Gesundheitsversorgung in unserem  
927 Kreis auch in der Zukunft bewahren zu können.

928

929 Wir halten weiterhin am Standort der Kreisklinik Groß-Gerau fest und streben die  
930 Weiterentwicklung in ein intersektorales Gesundheitszentrum an. Dieses hat die Aufgabe,  
931 die Grundversorgung für die Kreisbevölkerung in Bezug auf Allgemeinmedizin, Inneres und  
932 Notfall zu gewährleisten und den ambulanten Sektor zu stärken. Die Voraussetzungen für  
933 verstärkte ambulante Operationen sind vorhanden, hier erwarten wir Entscheidungen auf  
934 Bundesebene, sodass diese besser genutzt werden können. Der Klinik können Einrichtungen

935 der (Kurzzeit-)Pflege, der Rehabilitation und weiterer ambulanter Angebote ein- und  
936 angegliedert werden.

937  
938 Die Trennung zwischen stationären und ambulanten Leistungen ist nach unserer Ansicht zu  
939 überwinden. Es ist erforderlich, ein umfassendes regionales Gesundheitsversorgungskonzept  
940 zu entwickeln, bei dem die Patientinnen und Patienten im Mittelpunkt stehen. Mit der  
941 Perspektive des intersektoralen Gesundheitszentrums fördern wir diese Diskussion regional  
942 und überregional. Wir bemühen uns um finanzielle wie ideelle Unterstützung von Seiten des  
943 Landes, des Bundes und der Kranken- sowie Pflegeversicherungen und erwarten diese.

944  
945 Wesentlich ist für uns auch die Situation der Beschäftigten. Wir haben allen Beschäftigten  
946 der Kreisklinik ein Angebot für eine Weiterbeschäftigung bei der Kreisverwaltung und ihren  
947 Betrieben gemacht, dies wurde auch angenommen. Wir werden uns mit den Arbeitsläufen in  
948 der Klinik beschäftigen und alles dafür tun, dass es nicht zu Überbelastungen kommt.

949  
950 Die Sicherstellung einer medizinischen Grundversorgung im Kreis Groß-Gerau hat für unsere  
951 Koalition höchste Priorität. Zur medizinischen Grundversorgung gehören insbesondere eine  
952 gute Versorgung im Bereich Allgemeinmedizin, Notfallversorgung und dem öffentlichen  
953 Gesundheitsdienst. Die Arbeit des Gesundheitsamtes hat im Laufe der Pandemie eine noch  
954 viel größere Bedeutung gewonnen, so dass eine angemessene und bedarfsgerechte  
955 personelle Ausstattung des Gesundheitsamtes dauerhaft vorzuhalten ist.

956  
957 Gleiches gilt auch für die Rettungsdienste, die in kritischen Situationen erste Hilfe für unsere  
958 Bürgerinnen und Bürger leisten. Wir können heute auf ein gut ausgebautes und effizient  
959 arbeitendes Rettungswesen im Kreis Groß-Gerau blicken und möchten dieses durch eine  
960 Zusammenführung von Rettungsdienst, ambulanter Notfallzentrale der Klinik und ärztlichem  
961 Bereitschaftsdienst für alle transparenter und wirksamer gestalten.

962  
963 Wir wollen die Versorgung mit Hebammen sichern. Deswegen setzen wir uns dafür ein,  
964 Hebammen eine berufliche Perspektive zu ermöglichen, bei ausreichendem Einkommen und  
965 ohne finanzielle Belastung. Dazu ist Engagement von Bund und Land erforderlich.  
966 Hebammen unterstützen Mütter und Familien, gerade vor, während und nach der Geburt.  
967 Im Umfeld der Kreisklinik werden wir ein durch Hebammen betriebenes Geburtshaus  
968 unterstützen.

969  
970 Wir begrüßen die Initiative von Mediziner\*innen zur Errichtung einer stationären  
971 Hospizeinrichtung im Kreis Groß-Gerau und unterstützen dies sowohl ideell und  
972 organisatorisch als auch materiell. Bei der Auswahl eines möglichen Standorts soll die  
973 räumliche Nähe zur Kreisklinik gewählt werden.

974  
975 Stärken wollen wir den ambulanten Bereich, da insbesondere die hausärztliche Versorgung  
976 am Wohnort von zentraler Bedeutung für die Lebensqualität ist. Durch die Einrichtung der  
977 medizinischen Versorgungszentren, unter dem Dach der Kreisklinik Groß-Gerau wie auch am  
978 GPR-Klinikum Rüsselsheim, wurde die Grundlage geschaffen, um den Erhalt der  
979 hausärztlichen Versorgung auch dezentral sicherzustellen und entsprechende  
980 Nachfolgeregelungen zu gewährleisten. Der Arbeit der MVZ kommt, aufgrund der  
981 altersbedingt zu erwartenden Veränderungen in den Hausarztpraxen, künftig eine noch  
982 größere Bedeutung zu.

983  
984 Neben der Hausärzt\*innenversorgung gilt unser Augenmerk auch der Sicherung und dem  
985 weiteren Ausbau der Fachärzt\*innenversorgung im Kreis Groß-Gerau.  
986  
987 Im Kreis Groß-Gerau soll ein Clearingangebot für Menschen ohne (ausreichenden)  
988 Krankenversicherungsschutz geschaffen werden. Für die Behandlungskosten muss ein Fonds  
989 aufgelegt werden. Wohnungslose und obdachlose Menschen brauchen eine gesundheitliche  
990 Versorgung, die aufsuchend und auf die Bedürfnisse der Personengruppe zugeschnitten ist.  
991  
992 Die Entkriminalisierung von Cannabis-Nutzer\*innen muss vorangetrieben werden. Der Kreis  
993 sollte sich für ein Modellprojekt bei Land und Bund bewerben.  
994  
995 Die ambulante Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen und Problemen hat  
996 einige Lücken. Wir brauchen eine Kriseneinrichtung, die rund um die Uhr für Menschen in  
997 psychisch herausfordernden Situationen ansprechbar ist. Diese muss unabhängig von der  
998 jeweiligen Krankenkasse oder Betriebszugehörigkeit zugänglich sein. Auch hier gilt der  
999 Grundsatz "ambulant vor stationär". Um Krankenhausaufenthalte zu vermeiden sind  
1000 aufsuchende Angebote und Bleibemöglichkeiten im Krisenfall vorzuhalten. Peer-to-peer-  
1001 Beratung und Unterstützung soll im gesamten Versorgungssystem etabliert werden.  
1002  
1003 Auch der Ausbau der palliativen Versorgung im Kreis ist für uns sowohl ambulant als auch  
1004 stationär von großer Bedeutung. Die Auseinandersetzung mit Leben und Sterben möchten  
1005 wir stärker in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit rücken.  
1006  
1007 Die Betreuung von Demenzkranken, aber auch die Begleitung von Sterbenden (Hospizarbeit)  
1008 im Rahmen von weiter verbesserten Unterstützungskonzepten sicherstellen. Die  
1009 Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss auch in Bezug auf die häusliche Pflege ermöglicht  
1010 werden.  
1011  
1012 **Pflege**  
1013  
1014 Etwa 85 % der Pflegebedürftigen im Kreis werden in Familien gepflegt. Dort wird eine  
1015 wichtige und wertvolle Arbeit geleistet, die von den vorhandenen Pflegeeinrichtungen und  
1016 Fachkräften überhaupt nicht zu erbringen wäre. Allerdings sind viele Familienangehörige  
1017 überlastet, besonders viele Frauen leiden unter der Mehrfachbelastung mit Beruf, Familie  
1018 und Pflegeaufgaben. Hier ist die Altenhilfe gefragt, eine gute Unterstützung der pflegenden  
1019 Angehörigen mit guter und ausreichender wohnortnaher Beratung zu organisieren, mit  
1020 einem ausreichenden und attraktiven Angebot an Tages- und Kurzzeitpflege sowie für  
1021 dementiell Erkrankte, an Pflegewohngemeinschaften, an pflegeunterstützenden Angeboten  
1022 in der Betreuung und in der Unterstützung der familiären Pflege.  
1023  
1024 Weiterhin fehlt es im Kreis Groß-Gerau an Pflegekräften. Wir brauchen mehr Auszubildende,  
1025 die anschließend in der Altenpflege tätig sind. Pro Jahr sollten Kapazitäten für 20  
1026 Ausbildungsplätze mehr in Schulen und Praxisstellen geschaffen werden. Die Arbeit als  
1027 Pflegekraft (Gesundheitsfachmann/frau) muss attraktiver werden. Neben der Bezahlung sind  
1028 hier die Arbeitsbedingungen und die Anerkennung der Arbeit relevant. Der Kreis arbeitet mit  
1029 den Pflegeeinrichtungen ein Konzept aus, wie die Arbeitsbedingungen der Belastung  
1030 angemessen sind, so dass mehr Pflegekräfte gewonnen werden können.

- 1031  
1032 Für den künftigen Ausbau des Pflegebereichs ist dezentralen Einrichtungen vor Ort der  
1033 Vorzug vor größeren zentralen Einrichtungen zu geben.  
1034  
1035 Die Koalitionspartner\*innen unterstützen die Forderungen der Charta zur Betreuung  
1036 schwerkranker und sterbender Menschen, die sich für eine Betreuung im selbst gewählten  
1037 Umfeld einsetzen.  
1038  
1039 Im Ergebnis muss die notwendige medizinische Versorgung im Kreisgebiet für alle  
1040 Bürger\*innen des Kreises qualitativ gut, zugänglich und erreichbar sein.  
1041  
1042
- 1043 Riedwerke als Dienstleister im ÖPNV, in der Abfallwirtschaft, in Energiefragen**  
**1044 sowie als Partnerin für die Ausbildung junger Menschen**  
1045
- 1046 Der Zweckverband Riedwerke bearbeitet mit seinen Tochtergesellschaften vielfältige  
1047 Aufgabenfelder der Daseinsvorsorge, aber auch wichtige Zukunftsfelder für den Kreis Groß-  
1048 Gerau. Mit Beschlüssen des Kreistages wie auch im Verwaltungsrat und in der  
1049 Verbandsversammlung werden wir die Arbeit unserer Riedwerke eng begleiten.  
1050
- 1051 Ein wichtige Zukunftsaufgabe für die Riedwerke sind der weitere Ausbau des ÖPNV, die  
1052 Umstellung der Busflotte auf erneuerbare Energien wie auch die Realisierung kostenfreier  
1053 ÖPNV-Angebote sowohl für Transferleistungsempfänger\*innen als auch für Jugendliche  
1054 unter 18 Jahren/bis zum Abschluss der Ausbildung. In den Gremien der LNVG wird sich die  
1055 Koalition sehr intensiv für die Umsetzung dieser Ziele einsetzen, die unter dem Punkt  
1056 "Mobilität" im Koalitionsvertrag noch ausführlicher beschrieben werden.  
1057
- 1058 Mit der ETech GmbH sollen auch in den nächsten Jahren neue Felder im Bereich der  
1059 Erneuerbaren Energien sowie der Energieeffizienz erarbeitet und umgesetzt werden. Der  
1060 Klimawandel stellt uns vor die Herausforderung, an diesem Punkt noch intensiver zu  
1061 arbeiten und neue Ideen zu entwickeln.  
1062
- 1063 Um das Ziel der Förderung von erneuerbaren Energien weiter zu unterstützen, werden sich  
1064 die Riedwerke gemeinsam mit ihren Tochtergesellschaften für die Etablierung einer  
1065 Wasserstofftankstelle im Südkreis Groß-Gerau bzw. direkt in der Kreisstadt Groß-Gerau  
1066 einsetzen.  
1067
- 1068 Klimawandel und Energiefragen zeigen sich auch in der Abfallwirtschaft. Mit der AWS  
1069 werden wir die Entsorgung der Abfälle unserer Bürger\*innen in Zukunft sichern. Der  
1070 Standort der Deponie in Büttelborn bietet sich für eine Entwicklung im Bereich der  
1071 "Erneuerbaren Energien" an. Dazu zählen Fotovoltaik und Windkraft, aber auch der Bau  
1072 einer Biovergärungsanlage, mit der wir aus Abfällen neue Energien wie z.B. Strom gewinnen  
1073 können. Ein Projekt, das unsere Zustimmung findet und im Laufe dieser Legislaturperiode in  
1074 die Umsetzung gehen wird.  
1075
- 1076 Im Zusammenhang mit der Diskussion über sog. "freigemessene Abfälle" aus dem  
1077 Atomkraftwerk Biblis halten wir fest, dass eine Ablagerung auf der Deponie in Büttelborn für

1078 uns nicht in Betracht kommt. Damit erklärt sich die Koalition solidarisch mit der  
1079 Standortgemeinde und den Bürger\*innen, deren Akzeptanz für die Deponie für uns von  
1080 hoher Bedeutung ist.

1081  
1082 Der Ausbildungsverbund Metall (AVM) wird die Ausbildung junger Menschen im Kreis Groß-  
1083 Gerau weiter fördern und insbesondere die Bürger\*innen unterstützen, für die eine  
1084 geförderte Ausbildung für das Ziel eines Abschlusses zwingend notwendig ist. Dafür sollen  
1085 einerseits die Kooperationen mit dem Jobcenter fortgeführt werden und zugleich auch das  
1086 Leuchturnprojekt des AVM, das Ausbildungsrestaurant in Bischofsheim, erhalten bleiben.  
1087 Ein weiteres Zukunftsfeld für den AVM sehen wir im Zusammenhang mit einem  
1088 Kooperationsprojekt "Schulmensa":

1089  
1090 Alle Projekte der Riedwerke sowie der Tochtergesellschaften haben eines gemeinsam:

1091  
1092 Wir schaffen und erhalten damit zukunftssträchtige Arbeitsplätze in unserem Kreis.

1093  
1094

## 1095 **Mobilität stärken, Umweltbelastungen senken**

1096  
1097 Umweltschutz ist in unserem verkehrsreichen und keineswegs nur ländlichen Kreis Groß-  
1098 Gerau eine Zukunftsinvestition in Lebensqualität, gesundheitliche Vorsorge und Erhalt des  
1099 Ökosystems. Wichtige Faktoren sind: Luftreinhaltung, Lärmschutz, Gewässerschutz,  
1100 biologische Vielfalt und der Erhalt unserer Wälder. Dies ist bei allen Entscheidungen die  
1101 oberste Prämisse.

1102  
1103 Wir setzen uns für ein nachhaltiges Mobilitätskonzept im Kreis Groß-Gerau ein.  
1104 Dies beinhaltet die weitere Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)  
1105 ebenso wie die Förderung von Fuß- und Radverkehr und weiteren alternativen  
1106 Mobilitätsarten. Dabei müssen die Umweltfreundlichkeit und Klimaverträglichkeit der  
1107 Mobilitätsangebote immer im Fokus stehen. Mittelfristig wollen wir uns dafür einsetzen,  
1108 dass privater Besitz von Kraftfahrzeugen nicht mehr zwangsläufig notwendig ist.

1109  
1110 Ein gutes Mobilitätsangebot ist für alle Menschen von jung bis alt flexibel und sicher nutzbar.

1111  
1112 ÖPNV und Radverkehr wollen wir zu einer attraktiven Alternative zum Auto ausbauen, auch  
1113 zum eigenen. Wir wollen die Taktung und das Netz des ÖPNV ausweiten. Die Einführung  
1114 eines kostenlosen ÖPNV – beginnend mit einem Sozialticket und kostenlosen Fahrkarten  
1115 für Schüler\*innen und Senior\*innen – muss endlich vorankommen. Konzepte wie Carsharing  
1116 sind ein ideales Angebot für Menschen, die nur selten ein Auto benötigen. Durch Carsharing  
1117 kann auf lange Sicht die Zahl der Autos auf den Straßen reduziert werden, ohne dabei die  
1118 Mobilität der Bürger\*innen einzuschränken. Wir wollen die Umsetzung von Carsharing-  
1119 Konzepten im Kreis fördern und unterstützen. (Hierbei sollte interkommunal auf die  
1120 jeweilige Anschlussfähigkeit der Systeme geschaut werden) Wir wollen Mobilitätskonzepte  
1121 am Wohn-, Schul- und Arbeitsstandorten integrieren. Hierzu gehören neben Car-Sharing-  
1122 Stellplätzen auch Ladeinfrastruktur für Elektromobilität und genügend geeignete  
1123 Fahrradabstellmöglichkeiten.

1124

1125 Wir kämpfen dafür, dass der Landkreis Modellregion für emissionsfreie Kurier-, Paket- und  
1126 Expressdienste wird, um als Logistik-Hochburg zum einen zukunftssicher zu sein und zum  
1127 anderen die Menschen im Kreis zu entlasten.

1128  
1129 Die ÖPNV-Systeme müssen weiter ausgebaut und verbessert werden, hin zu einer  
1130 echten Alternative zum motorisierten Individualverkehr, damit eine nachhaltige  
1131 Verkehrswende bis zum Jahr 2030 möglich wird. Bei der Modernisierung der LNVG-Busflotte  
1132 setzen wir auf E-Busse und auf Wasserstoff-Technologie. Dazu kann eine  
1133 Wasserstofftankstelle an der Deponie in Büttelborn angesiedelt werden, die Bio-Abfall-  
1134 Vergärungsanlage kann grünen Wasserstoff produzieren.

1135  
1136 Ein gut ausgebautes System des ÖPNV, auch und gerade in Rand- und Nachtzeiten erhöht  
1137 die Akzeptanz und Attraktivität des ÖPNV. Die flächendeckende Bereitstellung von  
1138 barrierefreien Reisemöglichkeiten im ÖPNV muss schnellstmöglich erfolgen.

1139  
1140 Der Einsatz von Schnellbussen im Kreis soll optimiert und ausgebaut werden. Im  
1141 Zusammenhang mit einer guten Anbindung der Schnellbusse an das S-Bahn-Netz werden  
1142 auch dadurch vielfältigere und attraktivere Reiseoptionen geschaffen.

1143  
1144 Die Fahrt mit dem Fahrrad ist eine der umweltfreundlichsten Fortbewegungsmöglichkeiten.  
1145 Wir setzen uns für den Ausbau eines guten Radwegenetzes im Kreis ein, vor allem auch für  
1146 den Ausbau von Fahrradschnellstraßen, um die Nutzung des Fahrrades attraktiver und  
1147 sicherer zu machen. Dabei hat neben dem Ausbau von Fahrradschnellstraßen im Kreis auch  
1148 die Anbindung der Nachbarkreise Priorität, um die Attraktivität des Radfahrens in der  
1149 gesamten Region zu steigern. Durch die Nutzung von Fahrradschnellstraßen müssen  
1150 Radfahrer\*innen keine Umwege mehr in Kauf nehmen und für alle Verkehrsteilnehmenden  
1151 erhöht sich die Sicherheit im Straßenverkehr.

1152  
1153 Um die Fahrradnutzung auch zu Bahnhöfen attraktiver zu machen, muss dafür gesorgt  
1154 werden, dass Fahrräder an allen Bahnhöfen im Kreis diebstahlsicher und überdacht  
1155 abgestellt werden können.

1156  
1157 Lastenfahrräder sind eine immer beliebtere Alternative, um auch größere Erledigungen  
1158 problemlos mit dem Fahrrad bewältigen zu können. Die bestehenden finanziellen  
1159 Förderungen für Lastenfahrräder durch den Kreis wollen wir ausbauen

1160  
1161

### **Echtes Nachtflugverbot schaffen. Flughafenausbau verhindern**

1162  
1163  
1164 Nach wie vor ist der Flughafen in weiten Teilen des Kreises für erhebliche Lärm- und  
1165 Schadstoffbelastungen verantwortlich. Darüber hinaus erfolgen aus der ungehemmten  
1166 Bautätigkeit immer wieder besondere Belastungen (z.B. durch das Bodenlager in Mörfelden-  
1167 Walldorf). Der Kreis muss sich schon aus Gründen des Klimaschutzes gegen eine weitere  
1168 Expansion des Flughafens auf allen Ebenen verstärkt zur Wehr setzen. Wir setzen uns dafür  
1169 ein, dass jegliche kommunalen, innerdeutschen Dienstreisen von Städten, Gemeinden und  
1170 der Kreisverwaltung Groß-Gerau nicht mit dem Flugzeug, sondern stattdessen vorzugsweise  
1171 mit öffentlichen Verkehrsmitteln durchgeführt werden.

1172  
1173  
1174  
1175  
1176  
1177  
1178  
1179  
1180  
1181  
1182  
1183  
1184  
1185  
1186  
1187  
1188  
1189  
1190  
1191  
1192  
1193  
1194  
1195  
1196  
1197  
1198  
1199  
1200  
1201  
1202  
1203  
1204  
1205  
1206  
1207  
1208  
1209  
1210  
1211  
1212  
1213  
1214  
1215  
1216

Der Kreis Groß-Gerau ist vom aktuellen Flughafenausbau und -betrieb direkt betroffen. Angesichts der Lage des Frankfurter Flughafens mitten in einem Ballungsgebiet halten wir schon diesen Ausbau für die hier lebenden Menschen für nicht zumutbar, müssen die geschaffenen Tatsachen jedoch akzeptieren. Wir werden die interkommunale Zusammenarbeit (ZRM, KAG) wieder stärken. Wir sprechen uns für eine Reduzierung der Flugbewegungen aus. Dazu gehört aus unserer Sicht auch die bessere Vernetzung verschiedener Verkehrsmittel, wie die Umlenkung von Kurzstreckenflügen auf die Bahn und die Schaffung eines echten Nachtflugverbotes von 22 bis 6 Uhr. Damit wollen wir der bestehenden Belastung durch Fluglärm, Luftverschmutzung, Ultrafeinstaubbelastung und weiteren Bodenverbrauch durch Flugverkehr im Rhein-Main-Gebiet entgegenwirken.

Zur Verbesserung dieser Situation und zur Entwicklung eines langfristigen Konzepts gegen die stetige Forderung nach Ausbau und Konzentration wollen wir folgende Punkte kurz-, mittel- und langfristig weiterverfolgen und umsetzen:

- Wir wollen auf die Landesregierung einwirken, um ein echtes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr einzuführen.
- Wir wollen die Einrichtung einer dynamischen Absenkung der Lärmobergrenze, die das technische Potential zur Lärminderung aktiviert, um die Lärmmenge mittel- und langfristig deutlich zu reduzieren.
- Wir wollen weiterhin alle Chancen nutzen, die absolute Anzahl der Flugbewegungen zu begrenzen und alternative Verkehrsträger\*innen zu fördern. Vorrangiges Ziel hierbei muss es sein, Flüge kürzer als 1.000 km künftig zu vermeiden.
- Wir treten weiterhin für eine faire Verteilung der Fluglärmlast in der Region ein, wobei alle Möglichkeiten zur Lärmreduzierung zu nutzen sind.
- Wir wollen ein lückenloses und durchgängiges Schadstoffmonitoring, insbesondere zur Ultrafeinstaubbelastung, bessere Raumplanung und zukünftiges Bodenmanagement.
- Koordiniertes Flughafenmanagement aller deutschen Flughäfen.
- Stärkung der öffentlichen Beteiligung an der Planung von Flugrouten und Verlärmungsgebieten.
- Wir haben den Bau des Terminals 3 abgelehnt. Wir wollen jetzt zumindest die Auswirkungen minimieren: Konsequente Vermeidung von Ausweichverkehr in den Flughafenrainerkommunen und Reduzierung von Bodenlärm.

Wir wollen eine Verstetigung des Regionalfonds zur Abfederung der sozialen Herausforderungen durch sozialstrukturelle Veränderungen in der Region und unterstützen die Kommunen des Kreises in der politischen und juristischen Auseinandersetzung. Wir fordern einen finanziellen Ausgleich für die von Siedlungsbeschränkung betroffenen Kommunen und die Lärmbelastung, die die Menschen und Tiere schädigt. Wir fordern, dass das Gewerbesteueraufkommen des Flughafens unter den betroffenen Kommunen je nach Lärmbelastung aufgeteilt wird.

- 1217 **Wirtschaft und Beschäftigung in der Transformation der Arbeitswelt**
- 1218 **begleiten - erfolgreiche Digitalisierung fördern**
- 1219
- 1220 Eine aktive Wirtschaftsförderung ist für die Koalition auch in den nächsten Jahren von
- 1221 Bedeutung. Dazu gehören die Existenzgründungs- und Unternehmensförderung, die Arbeit
- 1222 des TIGZ sowie die Sicherung und Profilierung des Industrie- und Gewerbestandortes Kreis
- 1223 Groß-Gerau und damit verbunden der Arbeitsplätze vieler Arbeitnehmer\*innen.
- 1224
- 1225 Wirtschaftsförderung steht für uns auch in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der
- 1226 Förderung von Frauen in unserem Kreis. Wir wollen diese ausbauen. Gemäß hessischem
- 1227 Lohnatlas verdienen Frauen bei Vollzeitwerbstätigkeit im Kreis Groß-Gerau 13% weniger
- 1228 für die gleiche Arbeit als Männer. Durch Maßnahmen der Wirtschaftsförderung wollen wir
- 1229 erreichen, dass Frauen und Männer im Kreis für gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten.
- 1230
- 1231 Wir stellen sicher, dass in allen Führungspositionen der Kreisverwaltung der Anteil an Frauen
- 1232 dem Anteil an den Beschäftigten entspricht.
- 1233
- 1234 Der Kreis Groß-Gerau liegt in einer der dynamischsten Wirtschaftsregionen Europas und
- 1235 konnte bisher seine "polyzentrische Struktur" erhalten, d.h. Siedlungsbereiche und
- 1236 natürliche Landschaft wechseln einander ab. Ein Zusammenwachsen der unabhängigen
- 1237 Gemeinden wollen wir nicht. Zusätzliche Straßenbauprojekte, um die Ansiedlung von
- 1238 Logistikzentren zu forcieren, lehnen wir ab. Neuansiedlungen müssen
- 1239 landschaftsangemessen und unter klimaschutzrelevanten Gesichtspunkten entwickelt
- 1240 werden. Um dies sicherzustellen, muss der Kreis stärkeren Einfluss auf regionalplanerische
- 1241 und flächennutzungsbezogene Entscheidungen nehmen. Gerade deshalb wird unser Fokus
- 1242 künftig viel stärker auf einer Unterstützung der Bestandsunternehmen liegen.
- 1243
- 1244 Durch die Corona-Pandemie hat sich vieles in unserem Lebensalltag verändert.
- 1245 Arbeitsmodelle werden neu aufgestellt und diskutiert, Homeoffice kommt in eine neue
- 1246 Phase und verändert das Zusammenleben. Das bereits vor der Pandemie veränderte
- 1247 Einkaufsverhalten wurde noch stärker zugunsten des Online-Handels verschoben. Dies hat
- 1248 erhebliche Auswirkungen auf das Leben in unseren Innenstädten und Zentren. Diese
- 1249 Veränderungen wollen wir begleiten durch Angebote an die Städte und Gemeinden im Kreis
- 1250 mit einem besseren Schutz und Unterstützung von Händler\*innen, Gewerbe und Kultur,
- 1251 durch besseren Zugang zu Hilfsprogrammen, mehr Freiräumen für Gastronomie und
- 1252 Veranstaltungen sowie eine Stärkung von Kunst und Kultur in den Kommunen. „Freiflächen
- 1253 und -räume“ sollen durch urbane Aktionen und Aktivitäten belebt werden und auch im
- 1254 Verhältnis zu den umliegenden Großstädten attraktiver werden. Der Kreis könnte hier durch
- 1255 eine Managementfunktion zum Partner und Ideengeber werden. Eine integrale Planung von
- 1256 grünen Verkehrskonzepten und eine Erhöhung der Aufenthaltsqualität in den Stadtzentren
- 1257 sowie die Schaffung von Gemeinschaftseinrichtungen für solidarische Aktivitäten nicht nur in
- 1258 der Pandemie könnten ein weiterer Ansatzpunkt zur Überwindung von Isolation und
- 1259 Vereinsamung in der Krise sein. Dies wäre aber auch für Menschen wichtig, die „vereinzelt“
- 1260 in Homeoffice-Situationen „mal raus müssen“, Kontakte knüpfen und den Kopf frei
- 1261 bekommen können. Ökologische Aufenthaltsqualität in den Zentren, alltagskulturelle
- 1262 Aufmerksamkeitspunkte und gestaltete Aktionen könnten eine Antwort auf Isolation und
- 1263 „Digitalödnis“ sein.

1264  
1265 Eine aktive Beteiligung an der anstehenden Transformation der Arbeitswelt und der  
1266 Beschäftigung, insbesondere in der Automobilindustrie und am Flughafen, sind für uns  
1267 wichtig. Die zunehmende Digitalisierung muss auf Verwaltungsebene energisch  
1268 vorangetrieben werden. Alle Menschen im Kreis benötigen schnelles Internet, damit wir von  
1269 der Arbeitswelt der Zukunft nicht abgekoppelt werden. Wir wollen aktiv, mit allen  
1270 Bürger\*innen zusammen nach Wegen suchen den Transformationsprozess positiv zu  
1271 gestalten.  
1272  
1273 Wir sehen sowohl für Unternehmen als auch für die Privathaushalte ein wichtiges  
1274 Handlungsfeld im Bereich des Glasfaserausbaus in den Städten und Gemeinden. Eine gute  
1275 Breitbandanbindung ist gerade mit Blick auf Homeoffice und auch als Standortfrage für  
1276 Unternehmen sehr wichtig.  
1277  
1278 Ziel der Initiative "Digitale Dorflinde" ist es, in allen öffentlichen Gebäuden  
1279 (Verwaltungsgebäude, Gemeinschaftshäuser, Schwimmbäder, ...) einen öffentlichen WLAN  
1280 Zugang bereit zu stellen, auf den die Besucher\*innen zugreifen können. Die weitere  
1281 Umsetzung dieser Initiative im Kreis Groß-Gerau unterstützen wir.  
1282  
1283 Die zu erwartenden Veränderungen betreffen allerdings nicht nur Privathaushalte oder  
1284 Unternehmen, sondern auch die öffentliche Verwaltung. Die digitale Bereitstellung von  
1285 Verwaltungsdienstleistungen entsprechend dem Online-Zugangs-Gesetz sowie der Ausbau  
1286 und die Einrichtung von Homeoffice und Videokonferenzen werden auch in den Kommunen  
1287 künftig stärker zu nutzen sein und Vorteile für die alltägliche Arbeit bieten. In der  
1288 Verwaltung kann eine solche Entwicklung auch dazu führen, dass künftig gemeinsam  
1289 genutzte Arbeitsplätze zur Verfügung stehen und trotz steigender Beschäftigtenzahlen nicht  
1290 unbedingt zusätzliche Bürokapazitäten in gleichem Umfang notwendig werden.  
1291  
1292 Die Chancen der Digitalisierung sehen wir darüber hinaus im öffentlichen  
1293 Personennahverkehr. Themen der anstehenden Legislaturperiode werden daher der Aufbau  
1294 eines kreisweiten Verkehrsleitsystems, ein autonomes Kommunikationsnetz zur Optimierung  
1295 von Fahrt- und Transportwegen und -zeiten im ÖPNV und schließlich eine Internetanbindung  
1296 in allen Fahrzeugen der LNVG sein. Mit der Prüfung dieser Themenfelder soll die Attraktivität  
1297 der Nutzung des ÖPNV weiter gesteigert werden.  
1298  
1299 Wichtig ist für uns dabei die Fortbildung sowohl der eigenen Beschäftigten, als auch eine  
1300 Unterstützung der Privatunternehmen. Über die Wirtschaftsförderung sollte ein  
1301 entsprechendes Fortbildungsangebot, in Kooperation mit der Kreisvolkshochschule, neben  
1302 den kommunalen Verwaltungen auch den ansässigen Unternehmen im Kreisgebiet  
1303 unterbreitet werden. Auch die Arbeit des TIGZ sollte in der Zukunft noch stärker auf  
1304 Unternehmen bzw. Neugründer aus dem Bereich "Digitalisierung" ausgerichtet werden.  
1305  
1306 Wir befinden uns inmitten eines gewaltigen Transformationsprozesses der  
1307 Industriegesellschaft. Gerade der Kreis Groß-Gerau beheimatet mindestens zwei stark  
1308 betroffene Industriezweige: Automobil- und Luftfahrtindustrie. Von uns nicht zu  
1309 beeinflussende globale Mechanismen wirken auf die hier ansässigen Unternehmen ein und  
1310 bedingen unmittelbar die Lebensrealität unserer Bevölkerung. Immer globalere Märkte,  
1311 Produktions- und Entscheidungsprozesse verändern die Lebens- und

1312 Einkommensgrundlagen der hier arbeitenden Menschen. Am Ende dieser weltweit  
1313 verflochtenen Prozesse steht aber der "kleine" Kreis Groß-Gerau mit seinen  
1314 "Sozialagenturen" (JobCenter, Mietbeihilfen, Sozialtransfer,  
1315 psychologischer/Lebensberatung usw.), um die individuellen Auswirkungen dieser immer  
1316 dynamischeren Veränderungen zumindest "abzufedern" oder durch Ausbildung,  
1317 Lernangebote etc. Neuorientierungen zu ermöglichen.

1318  
1319 Wir wollen im Rahmen unserer Möglichkeiten diesen mächtigen Transformationskräften  
1320 nicht nur tatenlos zusehen, sondern

- 1321
- 1322 a) strukturierte Rahmenbedingungen schaffen, die das Empfinden der Individuen,  
1323 diesen Kräften hilflos ausgeliefert zu sein, in Handlungskraft und Eigeninitiative  
1324 umsetzen und
  - 1325 b) unsere politische Stimme erheben und den Anspruch der Bevölkerung an  
1326 Beteiligung und Teilhabe zur aktiven Gestaltung dieser Veränderungsprozesse laut  
1327 hörbar machen.

1328  
1329

1330

## **Tierschutz und Tierrecht**

1331

1332 Tierwohl und Tierschutz sind wesentlicher Teil unserer Politik. Auch wenn es im Kreis Groß-  
1333 Gerau wenig Massentierhaltung gibt, wollen wir die Verbraucher\*innen im Rahmen vieler  
1334 Querschnittsaufgaben über die Probleme der Massentierhaltung informieren. Wir wollen auf  
1335 ökologische und gesunde Produkte achten, sofern wir selbst als Kreis Produkte einkaufen  
1336 und einsetzen (Kantinen, Schulspeisung etc.). Die Kreisveterinärämter sind mit den  
1337 Amtstierärzt\*innen für die meisten Belange des Tierschutzes im Kreis verantwortlich, haben  
1338 jedoch nur begrenzte Ressourcen. Wir unterstützen die Schaffung eines Ehrenamtes  
1339 Kreistierschutzbeauftragte\*r zusätzlich zum Tierbeirat. Die Stelle soll zur Vernetzung der  
1340 Tierschutzorganisationen im Kreis beitragen, Meldungen zu Verstößen gegen den Tierschutz  
1341 vertraulich entgegennehmen und einmal jährlich über die Situation des Tierschutzes im Kreis  
1342 öffentlich Bericht ablegen.

1343 Wir setzen uns dafür ein, dass der Kreis Groß-Gerau Tiere auf der Grundlage bestehender  
1344 Gesetze und Verordnungen nachhaltig schützt; er widmet ihren Bedürfnissen darüber hinaus  
1345 eine besondere Aufmerksamkeit. In allen Kreistagsvorlagen, durch die Auswirkungen auch  
1346 auf Tiere zu erwarten sind, ist dies inhaltlich und sprachlich zu berücksichtigen.

1347

1348 Damit im Kreis Groß-Gerau Tierschutz und Tierrecht praxisorientiert umgesetzt werden  
1349 können, benötigen Ämter und Einrichtungen eine ausreichende finanzielle Ausstattung.

1350

1351 Den Tierheimen, die im Kreis Groß-Gerau aktiv sind, soll eine erweiterte Unterstützung  
1352 eingeräumt werden. Wir regen an, dies im Rahmen des Projektes „IKZ“ (Interkommunale  
1353 Zusammenarbeit) umzusetzen. Auch das Veterinäramt des Kreises muss personell so  
1354 ausgestattet sein, dass es seinen Tierschutzaufgaben vollumfänglich nachkommen kann.  
1355 Sofern der Kreis aufgrund gesetzlicher Vorgaben nicht direkt für Tierschutz- und  
1356 Tierrechtsfragen verantwortlich ist, setzen sich seine Repräsentant\*innen politisch für einen  
1357 erweiterten Tierschutz (bzw. Tierrecht) in Hessen und Deutschland ein.

1358

1359 Aus Gesundheitsgründen, insbesondere aber auch aus Gründen des Tierschutzes und des  
1360 Tierrechts sollen zukünftig in den kreiseigenen Liegenschaften auch verstärkt vegetarische  
1361 und – tierrechtrelevant – vegane Produkte angeboten werden. Wir wollen weiterhin  
1362 sicherstellen, dass sich – so wie in der/m neuen Kantine/Bistro im Landratsamt – vegane  
1363 Produkte permanent neben nicht-vegane im Angebot befinden. An unseren Schulen  
1364 initiieren wir einen entsprechenden Diskussionsprozess; gleiches regen wir für die örtlichen  
1365 Kindertagesstätten an. Die alternativen Gerichte und Getränke sind als „vegan“ zu  
1366 bezeichnen. Sie sollten preislich günstiger sein, als Gerichte mit nichtvegane Bestandteilen.  
1367  
1368 Im Fokus befindet sich hierbei das Wohl aller Tiere im Kreis Groß-Gerau, welche als fühlende  
1369 Individuen begriffen werden.

1370  
1371

## 1372 **Stärkung der Demokratie und des Demokratieverständnisses**

1373

### 1374 **Grundsatz/ Bürger\*innenbeteiligung**

1375

1376 Demokratie braucht Menschen, die sie leben. Nur eine Demokratie, bei der sich alle  
1377 Menschen beteiligen (können), ist eine starke Demokratie. Wir wollen, dass alle  
1378 Einwohner\*innen des Kreises Groß-Gerau an politischen Prozessen partizipieren können.  
1379 Neben der Steigerung der Wahlbeteiligung ist die Einbeziehung möglichst vieler  
1380 Bürger\*innen, ob wahlberechtigt oder nicht, in die politische Willens- und  
1381 Entscheidungsfindung unser Ziel. Wir verstehen Demokratie dabei in einem breiten Sinne,  
1382 insofern diese stark an die örtliche Zivilgesellschaft rückgebunden ist und über die Arbeit in  
1383 Parlamenten und Parteien hinausgeht. Es ist also notwendig, die Arbeit zivilgesellschaftlicher  
1384 Initiativen und Vereine zu stärken und zu fördern. Außerdem wollen wir sicherstellen, dass  
1385 Beteiligungsstrukturen auch vor Ort, in den verschiedenen Gemeinden, Städten, Ortsteilen,  
1386 Vierteln und Siedlungen gestärkt werden.

1387

1388 Dabei sollen insbesondere unterrepräsentierte Menschen adressiert werden, deren  
1389 Stimmen zu wenig im politischen Diskurs wahrgenommen werden. Je nach Themengebiet  
1390 können das Menschen mit Migrationsgeschichte, geringerem Bildungszugang und  
1391 Einkommen, junge Menschen, oder Menschen ohne Wohnung sein. Wir setzen uns dafür  
1392 ein, dass durch niedrigschwellige Angebote, wie Bürger\*innen-Sprechstunden, digitale  
1393 Formate und Info-Veranstaltungen, mehr Menschen die Möglichkeit zur Teilhabe erhalten.

1394

1395 Für eine solche Einbeziehung bedarf es zusätzlich neuer Formen der Ansprache sowie  
1396 innovativer Formate, in denen der demokratische Streit und das demokratische Handeln  
1397 ermöglicht wird. Dies soll u.a. durch die Etablierung eines einmal jährlich stattfindenden  
1398 Bürger\*innenrats gewährleistet werden, bei dem unterschiedlichen Stimmen der Kreis-  
1399 Gesellschaft zusammenkommen und drängende politische Fragen besprechen. Hierbei  
1400 unterstützen wir auch moderne Formen wie das Losverfahren/repräsentative Beteiligung bei  
1401 der Besetzung und Errichtung einer solchen Institution.

1402

1403 Darüber hinaus wollen wir junge Initiativen und Projekte unterstützen, die sich für  
1404 demokratische Zugänge sowie mehr Beteiligung und Mitbestimmung in verschiedenen  
1405 Lebensbereichen wie der Arbeitswelt, den Bildungsinstitutionen, dem Nahverkehr oder der

1406 Wohnpolitik einsetzen. Insbesondere den Kreiselternbeirat und die  
1407 Kreisschüler\*innenvertretung und deren gewählte Gremien in den Schulen wollen wir  
1408 besonders fördern. Hierzu sollen sie angemessen ausgestattet werden.

1409  
1410 Darüber hinaus unterstützen wir die Organisation von Besuchen der Kreisverwaltung sowie  
1411 Sitzungen des Kreistags durch Schüler\*innengruppen.

1412  
1413 Die Ausländer\*innenbeiräte sowie Migrant\*innenselbstorganisationen sollen auch auf  
1414 Kreisebene in den Partizipationsprozess stärker als bisher involviert werden. Wir setzen uns  
1415 aber weiterhin für ein allgemeines Wahlrecht für alle Einwohner\*innen des Kreises ein.

## 1416 1417 **Einheit in Vielfalt**

1418  
1419 Wir setzen uns für die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen ein. Wir stehen für eine  
1420 offene Gesellschaft, in der niemand aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung,  
1421 der geschlechtlichen Identität, Beeinträchtigungen, des Alters, der Religion, einer  
1422 rassistischen Zuschreibung oder der Herkunft diskriminiert werden darf. Unser Ziel ist  
1423 Zusammenhalt in Vielfalt! Viele Menschen sind aufgrund von gesellschaftlichen  
1424 Machtverhältnissen von Ungleichbehandlung betroffen. Strukturelle Ungleichbehandlung  
1425 muss durch strukturelle Maßnahmen adressiert und abgebaut werden. Deshalb fördern wir  
1426 im Kreis Groß-Gerau einen wertschätzenden Dialog zwischen Menschen unterschiedlicher  
1427 kultureller Prägung, religiösen Überzeugungen und Lebensentwürfen. Wir wollen eine  
1428 Anerkennungs- und Willkommenskultur gegenüber Menschen, die neu zu uns kommen, oder  
1429 auch schon lange hier leben. Wir treten menschenfeindlichen Haltungen wie u.a. Rassismus  
1430 entschieden entgegen. Wir sind in unseren Haltungen sehr klar: Barrierefreiheit, LSBTTIQ\*-  
1431 Rechte und Frauenrechte sind Menschenrechte. Wir wollen eine Gesellschaft, die auf  
1432 Respekt und Akzeptanz beruht. Es ist dabei wichtig, Sichtbarkeit und  
1433 Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen - für alle, die hier leben. Wir wollen, dass bei dieser  
1434 Arbeit die öffentliche Hand ihre Aufgaben wahrnimmt und das Ehrenamt unterstützt wird.

## 1435 1436 **Diversity**

1437  
1438  
1439 Partizipation und Repräsentation sind Grundpfeiler unserer Demokratie. Wir wollen, dass  
1440 sich die vielfältigen Perspektiven der gesamten Gesellschaft in allen Bereichen, wie z.B. in  
1441 der Verwaltung abbilden. Die Repräsentation aller gesellschaftlichen Gruppen, mindestens  
1442 gemäß ihrem numerischen Anteil, ist unser Ziel. Wir befürworten und unterstützen daher  
1443 zivilgesellschaftliche Initiativen und Netzwerke im Kreis, die bspw. Diversity-Trainings und  
1444 Empowerment-Maßnahmen entwickeln, um diesem Ziel näher zu kommen. Die  
1445 Kommunalverwaltungen haben hierbei eine Vorbildfunktion zu erfüllen. Repräsentation und  
1446 Teilhabe von Menschen mit sogenannter Migrationsgeschichte, besonders von Kindern und  
1447 Jugendlichen, sind uns ein Herzensanliegen.

## 1448 1449 **Integration und Anti-Diskriminierung**

1450  
1451 Alle Einwohner\*innen des Kreises unabhängig von Herkunft, Erscheinungsbild, Sprache und  
1452 Religion sollen gleiche Bedingungen für die Entfaltung ihrer Persönlichkeit und die  
1453 Gestaltung ihres Lebens vorfinden. Wir werden uns auf der Grundlage des vom Kreistag

1454 beschlossenen Integrationsleitbildes und -konzepts dafür einsetzen, dass die strukturellen  
1455 und finanziellen Rahmenbedingungen in den Kommunen vorhanden ist. Das Amt für  
1456 Ausländerwesen wird zu einer tatsächlichen Willkommensbehörde ausgebaut. Mehr  
1457 Information für Betroffene und die Auslegung der Vorschriften im Interesse eines  
1458 gemeinsamen Familienlebens und einem sicheren Aufenthalt im Kreis sind ein Schritt  
1459 dorthin. Das Büro für Migration engagiert sich weiterhin dafür, dass Diskriminierung  
1460 zurückgewiesen wird, die Gleichstellung der Minderheiten im Kreis ermöglicht wird und ein  
1461 friedliches Zusammenleben möglich ist.

1462

### 1463 **Ehrenamt**

1464

1465 Das Ehrenamt nimmt für uns eine zentrale Rolle in unserer Gesellschaft ein.  
1466 Zivilgesellschaftliches Engagement stärkt unsere Demokratie und sollte angemessene  
1467 Anerkennung finden. Hier fordern wir weitere attraktive Anreize, die es Menschen  
1468 ermöglicht, ehrenamtliche Tätigkeiten wahrzunehmen. Das Ehrenamt darf dabei nicht zum  
1469 Ausgleich von Defiziten im Hauptamt missbraucht werden.

1470

### 1471 **Kinder und Jugendliche**

1472

1473 Auch Kinder und Jugendliche sind politisch interessiert und engagiert. Die Ergebnisse der 18.  
1474 Shell-Jugendstudie zeigen, dass junge Menschen sich politisch zu Wort melden und gehört  
1475 werden wollen, sich jedoch oft von der Politik nicht ernst genommen fühlen. Das Recht auf  
1476 Beteiligung ist in den Kinder- und Jugendrechten verankert. Es ist daher wichtig, Konzepte zu  
1477 entwickeln, um Kinder und Jugendliche in politische Prozesse einzubinden. Dafür wurde eine  
1478 Stelle in der Jugendförderung geschaffen, die Kommunen und andere Institutionen bei  
1479 Beteiligungsstrukturen unterstützt. Auf Kreisebene gilt es ebenfalls Möglichkeiten zu finden,  
1480 z. B. durch die Einrichtung eines Jugendrates, Jugendanhörungen oder projektbezogene  
1481 Beteiligungsformen. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen soll in den  
1482 Geschäftsordnungen der kommunalen Parlamente verankert werden. Bestehende  
1483 Institutionen wie z.B. die Kreisschüler\*innenvertretung sollen noch stärker in die sie  
1484 betreffende politische Arbeit im Kreis eingebunden werden.

1485

1486 Der Kreis hat eine Informationsfreiheitsatzung eingeführt. Diese gewährt allen  
1487 interessierten Bürger\*innen freien Zugang zu amtlichen Informationen, die beim Kreis Groß-  
1488 Gerau bzw. seinem Wirkungsbereich vorhanden sind. Um den individuellen Aufwand  
1489 möglichst gering zu halten, sollen alle amtlichen Informationen soweit möglich auf offiziellen  
1490 Internetseiten des Kreises maschinenlesbar veröffentlicht werden. Bei der Erstellung von  
1491 amtlichen Informationen soll zukünftig darauf geachtet werden, veröffentlichbare und nicht-  
1492 veröffentlichbare Teile zu trennen. Der Kreis verpflichtet sich, eine zentrale Anlaufstelle für  
1493 Informationsfreiheitsanfragen und ein öffentlich zugängliches maschinenlesbares  
1494 Dokumentenregister einzurichten.

1495

### 1496 **Frieden und internationale Solidarität**

1497

1498 Die Koalitionspartner\*innen stimmen überein, dass wir nur in einer friedlichen Welt und bei  
1499 internationaler Solidarität gut leben können. Wir vereinbaren, uns für Abrüstung und  
1500 Atomwaffenfreiheit einzusetzen. Wir wenden uns gegen jegliche Militarisierungen des  
1501 Gemeinwesens. Wir werden das Gespräch mit den Schulen führen, um zu erreichen, dass

1502 keine Zusammenarbeit mit der Bundeswehr stattfindet. Wir setzen uns für die  
1503 Verwirklichung der Menschenrechte ein und engagieren uns für eine gerechte  
1504 Weltwirtschaftsordnung. Dies schließt die Ablehnung von internationalen  
1505 Wirtschaftsabkommen ein, die Nachteile für die armgehaltenen Länder mit sich bringen und  
1506 Arbeitnehmer\*innen- sowie Verbraucher\*innenrechte gefährden. Bei der Beschaffung wie  
1507 bei der Auftragsvergabe halten wir die ILO-Normen, menschenrechtliche und ökologische  
1508 Standards ein.

1509

#### 1510 **Fairtrade-Kreis**

1511

1512 Der Kreis Groß-Gerau engagiert sich weiter für den fairen Handel und unterstützt dabei  
1513 Kommunen, Vereine und Initiativen.

1514

1515

1516

## Grundregeln unserer Zusammenarbeit

1517

1518

1519 Entscheidungswege und -abläufe für alle Mitglieder der Koalition werden in einer  
1520 Geschäftsordnung für alle transparent und nachvollziehbar verankert.

1521

1522 SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Offene Liste bilden einen "Arbeitskreis  
1523 Politik" (KOA-AK) aus Fraktion und Partei, der aus bis zu 4 Vertreter\*innen der SPD und bis  
1524 zu je 4 Vertreter\*innen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie DIE LINKE.OL und den  
1525 hauptamtlichen Funktionsträger\*innen der Koalition besteht.

1526

1527 Koalitionsarbeitskreise zu Bildung, Soziales & Gesundheit, Umwelt- und Regionalpolitik  
1528 sowie Finanzen führen kontinuierlich die inhaltliche Diskussion zur Umsetzung des  
1529 Koalitionsvertrages. Sie wählen sich jeweils einen Sprecher oder eine Sprecherin und  
1530 bereiten Anträge und politische Initiativen vor. Sie beteiligen zivilgesellschaftliche  
1531 Organisationen und Fachleute an der Erarbeitung. Der Arbeitskreis Politik beschäftigt sich  
1532 regelmäßig mit dem Stand der Beratungen in den anderen Arbeitskreisen.

1533

1534 Der KOA-AK berät die Grundlinien der Koalition, legt ein einheitliches Diskussions- und  
1535 Abstimmungsverhalten im Kreistag und seinen Ausschüssen fest und vereinbart die  
1536 gemeinsamen Initiativen und die Außendarstellung der Koalition. Kreistagsanträge werden  
1537 möglichst von der Koalition als "gemeinsamer Antrag" eingebracht. Wenn keine Einigkeit  
1538 über Anträge oder Anfragen erzielt werden kann, werden sie als Anträge der einzelnen  
1539 Fraktionen eingebracht. Die Akzentsetzung und Profilierung der Partner als eigenständige  
1540 Organisationen bleibt weiterhin möglich, darüber hinaus sind die beteiligten Parteien  
1541 aufgefordert, die politischen Schwerpunkte im Kreis und seinen Kommunen voranzutreiben.

1542

1543 Ebenso wird ein einheitliches Diskussions- und Abstimmungsverhalten der Vertreter\*innen  
1544 der Koalitionsfraktionen im Kreisausschuss und in Gremien der Eigenbetriebe oder in  
1545 Gesellschaften, an denen der Kreis beteiligt ist, zu vorher vereinbarten Beschlüssen  
1546 vereinbart. Dies gilt auch für die Vertreter\*innen des Kreises in allen externen Gremien. Im  
1547 Falle der Nichteinigung enthalten sich die Koalitionspartner\*innen oder vereinbaren ein  
1548 unterschiedliches und begründetes Abstimmungsverhalten.

1549

1550 Die Koalition stellt sicher, dass die Haushalts-und Wirtschaftspläne für die Jahre 2021 bis  
1551 2026 im Kreistag verabschiedet werden. Der Koalitionsarbeitskreis wird im Rahmen seiner  
1552 Haushaltsberatungen Vereinbarungen zu den Produkten und Produktbereichen treffen.  
1553 Finanzwirksame Vorhaben werden unter dem Gesichtspunkt der aktuellen  
1554 Haushaltssituation gewichtet. Konflikte mit der Kommunalaufsicht des Kreises werden  
1555 selbstbewusst ausgetragen.

1556

1557 Die Kandidatur von Thomas Will wird von der Koalition mitgetragen.

1558

1559 Das Vorschlagsrecht für die Besetzung der Stelle des/der Ersten Kreisbeigeordneten liegt bei  
1560 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Koalitionsfraktionen stellen die Wahl sicher.

1561

1562 Die Koalitionsfraktionen sind sich darüber einig, dass die Koalitionspartnerin DIE LINKE.  
1563 Offene Liste in Funktionen mit politisch sichtbarer Gestaltungsmöglichkeit personell  
1564 vertreten ist.

- 1565  
1566 Die Koalitionspartner\*innen streben bei der Besetzung der Gremien die Mindestquotierung  
1567 an.  
1568  
1569 Über relevante politische Fragen und wesentliche Organisationsänderungen wird frühzeitig  
1570 im KOA-AK beraten und befunden.  
1571  
1572 Die Koalitionsfraktionen werden das Primat der Politik nicht nur nach innen, sondern auch  
1573 nach außen vertreten. Sie organisieren eine eigene Öffentlichkeitsarbeit der Koalition, bei  
1574 der alle drei Fraktionen ihren Anteil an der Koalitionsarbeit nach außen darstellen.  
1575  
1576  
1577 Die Vertragspartner\*innen  
1578 Sozialdemokratische Partei Deutschlands Unterbezirk Groß-Gerau  
1579 BÜNDNIS 90/ Die Grünen im Kreis Groß-Gerau  
1580 DIE LINKE/ Offene Liste im Kreis Groß-Gerau

